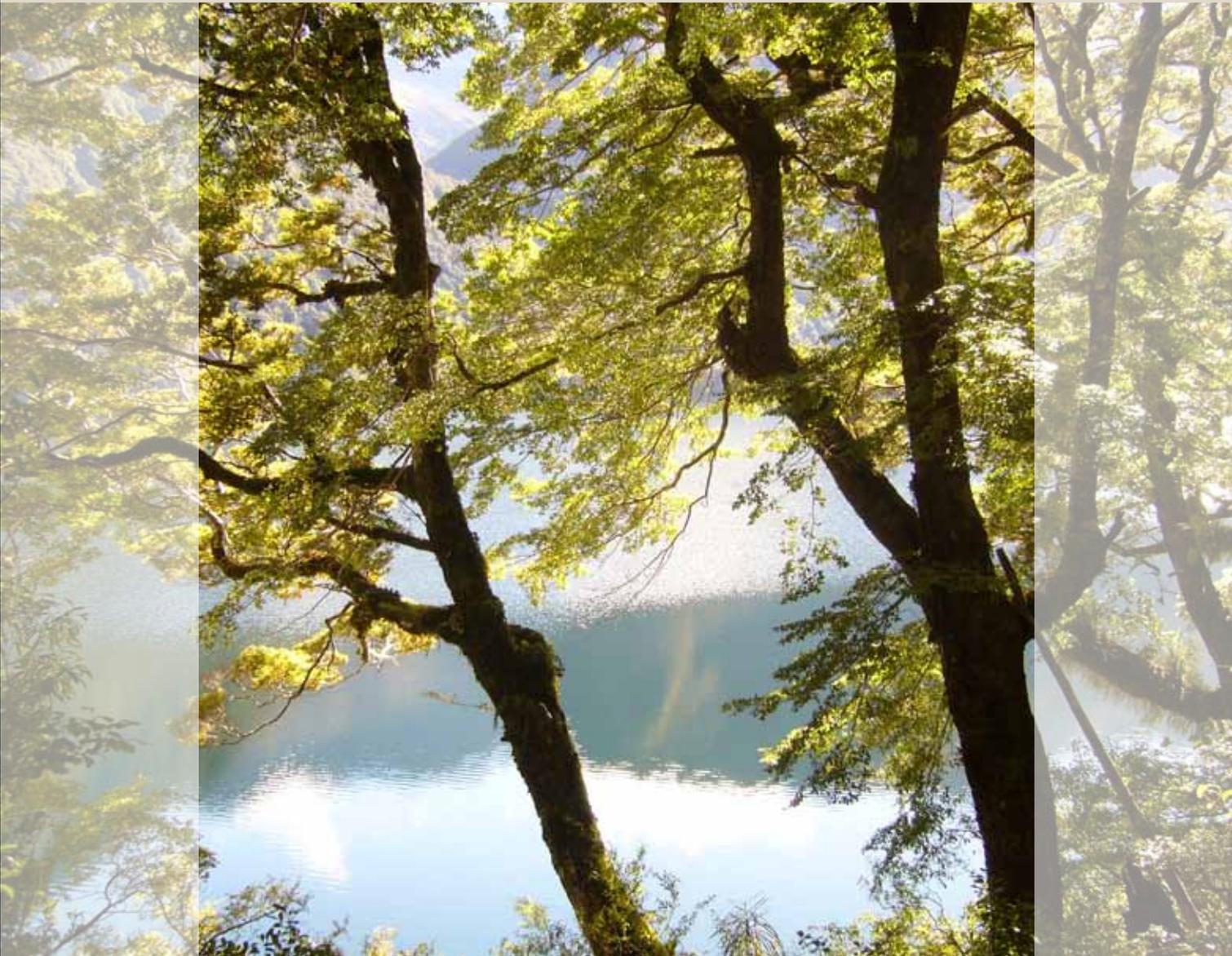


Bayerische Rechtsanwalts- und  
Steuerberaterversorgung



Bayerische  
Versorgungskammer

# Geschäftsbericht 2014



## IMPRESSUM

### Herausgeber

Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung

Postanschrift:

Postfach 81 01 23

81901 München

Verwaltungsgebäude:

Arabellastraße 31

81925 München

Telefon: 089 9235 6

Fax: 089 9235 7040

E-Mail: [brastv@versorgungskammer.de](mailto:brastv@versorgungskammer.de)

[www.brastv.de](http://www.brastv.de)

### Druck:

Offsetdruck Baumann

Meglingerstraße 49

81477 München

Titelbild:

Kathrin Reus - Bayerische Versorgungskammer

Fotos in chronologischer Reihenfolge:

André Schmitt - Bayerische Versorgungskammer

Wolfgang Maria Weber - Bayerische Versorgungskammer

jessicahyde - Fotolia.com

Wolfgang Maria Weber - Bayerische Versorgungskammer

Gina Sanders - Fotolia.com

carballo - Fotolia.com

Wolfgang Maria Weber - Bayerische Versorgungskammer

vandervelden - iStockphoto.com

Wolfgang Maria Weber - Bayerische Versorgungskammer



**BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2014**

**BAYERISCHE RECHTSANWALTS-  
UND STEUERBERATERVERSORGUNG**

**Anstalt des öffentlichen Rechts**

**Geschäftsführung und Vertretung:**

**BAYERISCHE VERSORGUNGSKAMMER**



## **NACHRUF**

Am 24. Dezember 2014 verstarb

**Herr  
Wolfgang Herdegen**

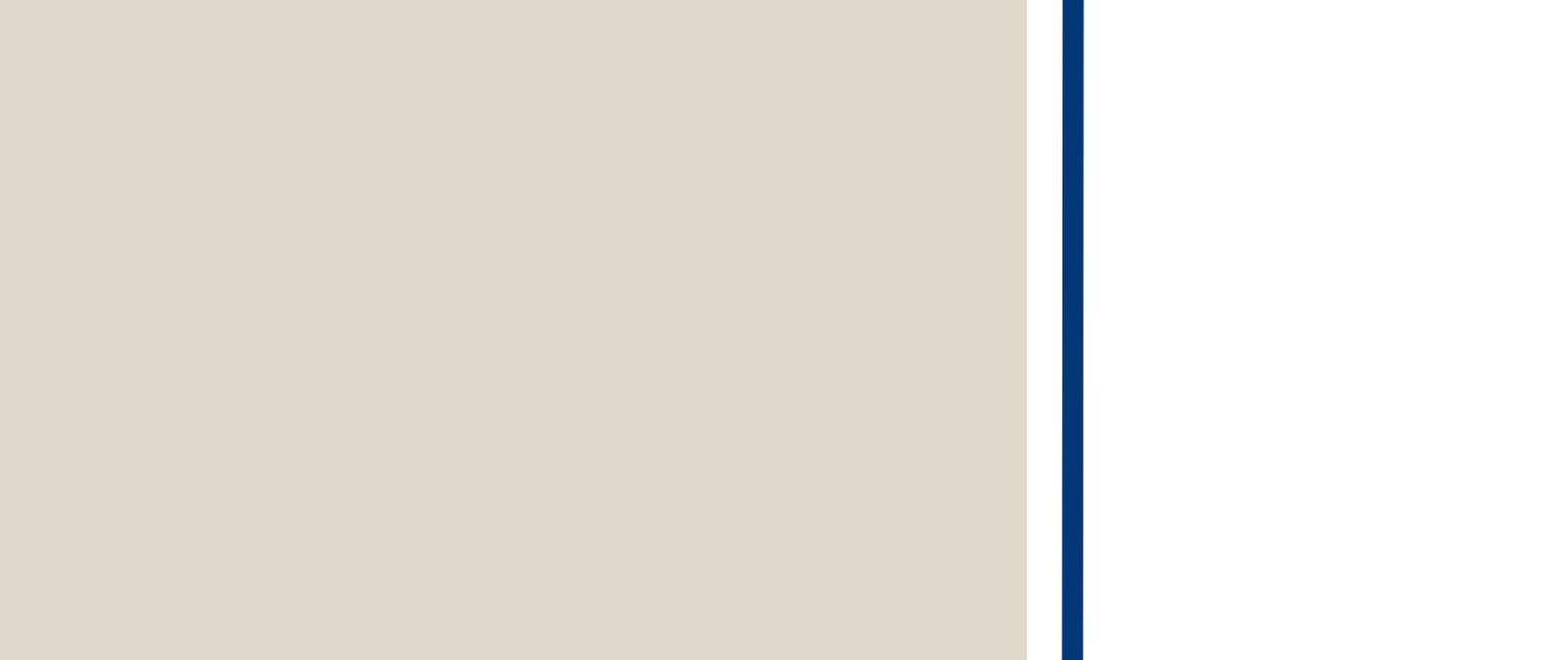
Rechtsanwalt

Herr Herdegen engagierte sich für die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung seit langen Jahren. Er gehörte dem Verwaltungsrat des Versorgungswerkes von 2001 bis 2012 als Mitglied und seit 2013 als stellvertretendes Mitglied an.

Herr Herdegen hat sich im Rahmen seiner ehrenamtlichen Tätigkeit tatkräftig und mit großer Sachkunde für die Belange der berufsständischen Versorgung und des Versorgungswerks zum Wohl seiner Mitglieder und Versorgungsempfänger eingesetzt.

Die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung ist Herrn Wolfgang Herdegen zu Dank verpflichtet.

Sie wird ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.



Unseren Geschäftsbericht für das Jahr 2014 begleiten Bildmotive von Bäumen. Auch wenn auf den ersten Blick vielleicht wenig Verbindung besteht zwischen einem großen Laubbaum und Ihrer Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung, möchten wir Sie zu einer besonderen Lesart dieses Zahlenwerks einladen:

Wie kaum ein anderes Lebewesen strahlen Bäume Stärke aus. Sie versinnbildlichen Wachstum, Beständigkeit und Stabilität auch unter widrigen Bedingungen. Ein passendes Bild also für ein Versorgungswerk, das in den über 30 Jahren seines Bestehens zu stattlicher Größe herangewachsen ist. Ein passendes Bild auch für eine Einrichtung, die sich schwierigen Rahmenbedingungen nicht entziehen kann. Seit 2008 stellt die Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem durch das anhaltend niedrige Zinsniveau das Versorgungswerk vor große Herausforderungen. Stabile Ergebnisse im abgelaufenen Geschäftsjahr haben unseren gemeinsam mit dem Verwaltungsrat eingeschlagenen Kurs hierbei erneut bestätigt. Denn so wie ein Baum gewinnt Ihr Versorgungswerk seine besondere Stabilität nicht zuletzt durch langsames, aber stetiges Wachstum und der „lange Atem“ zahlt sich mehr aus als das schnelle Streben nach oben.



# INHALT

<b>Vorwort des Vorstands</b>	9
<b>A. Grundlagen der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung</b>	11
1. Aufgabe, Verwaltung, Rechtsgrundlagen, Aufsicht	12
2. Im Profil	13
3. Gesellschaftliche Verantwortung	14
<b>B. Lagebericht</b>	17
1. Allgemeines	18
2. Geschäftsentwicklung	21
3. Risikobericht	24
4. Prognosebericht	28
<b>C. Jahresabschluss</b>	31
Bilanz zum 31. Dezember 2014	32
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014	34
Anhang	35
1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	35
2. Erläuterungen zur Bilanz	38
3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	42
4. Sonstige Angaben	45
<b>D. Bericht des Verwaltungsrats</b>	49
1. Tätigkeit des Verwaltungsrats	50
2. Tätigkeit des Verwaltungsausschusses	51
3. Beschluss über Lagebericht und Jahresabschluss sowie Entlastung der Geschäftsführung	51
<b>E. Organe und Gremien</b>	53
Verwaltungsrat	54
Verwaltungsausschuss	55
Bayerische Versorgungskammer	56
Kammerrat	57
<b>F. Statistische Angaben</b>	59



## Vorwort des Vorstands

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Geschäftsbericht möchten wir Ihnen einen Überblick über das Geschäftsjahr 2014 geben. Die Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch geopolitische Risiken und deren Auswirkungen stellen institutionelle Anleger wie die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vor große Herausforderungen. Die Finanzmärkte waren auch 2014 geprägt von einem anhaltend niedrigen Zinsniveau und der Staatsanleihenkrise. Doch auch in diesem schwierigen Umfeld können wir als Geschäftsführerin der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung eine solide Bilanz vorlegen: Unsere Kapitalanlagestrategie mit den Schwerpunkten breite Diversifizierung einerseits und Erwerb von Anlagen mit guter Bonität andererseits zahlt sich auch in diesem Geschäftsjahr aus.

Als Treuhänderin der Altersvorsorgegelder unserer Mitglieder ist es unser Ziel, die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung angesichts des schwierigen Umfelds an den Finanzmärkten stabil zu halten und gleichzeitig die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen. Dieses Ziel haben wir auch im abgelaufenen Geschäftsjahr erreicht. Die wesentlichen Geschäftszahlen der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung bestätigen, dass Ihre Versorgungseinrichtung zukunftssicher aufgestellt ist. Der weiterhin sehr günstige Verwaltungskostensatz zeigt, dass Ihre Altersversorgung, kombiniert mit den Solidarelementen Hinterbliebenenversorgung und Berufsunfähigkeitsabsicherung, auch im Vergleich zu anderen Vorsorgealternativen attraktiv ist.

Eine zukunftssichere Versorgungseinrichtung zu gestalten ist unsere Aufgabe und unser Anspruch. Es ist aber immer auch eine gemeinsame Leistung, und wir danken unseren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die erfolgreiche Arbeit, den Selbstverwaltungsgremien für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und nicht zuletzt unserer Aufsicht für ihren fachlichen Rat und die gute Begleitung.

Wir möchten Sie nun einladen, sich auf den folgenden Seiten ein konkretes Bild von den Ergebnissen 2014 und der Entwicklung der Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

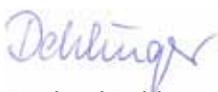
Ihre



Daniel Just



Ulrich Böger



Reinhard Dehlinger



Reinhard Graf



André Heimrich



**GRUNDLAGEN DER BAYERISCHEN  
RECHTSANWALTS- UND STEUERBERATERVERSORGUNG**

## A. GRUNDLAGEN DER BAYERISCHEN RECHTSANWALTS- UND STEUERBERATERVERSORUNG

### 1. Aufgabe, Verwaltung, Rechtsgrundlagen, Aufsicht

#### Aufgabe

Die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung ist die berufsständische Pflichtversorgungseinrichtung für die Mitglieder der Berufskammern der Rechtsanwälte und der Steuerberater in Bayern sowie für die Mitglieder der Patentanwaltskammer mit Kanzleisitz in Bayern und – seit dem 1. Juni 2013 – in Nordrhein-Westfalen. Ihre Aufgabe ist es, Mitgliedern und deren Hinterbliebenen eine angemessene Versorgung zu gewähren (Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung).

#### Verwaltung

Die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung, die auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ausschließlich gemeinnützig tätig ist. Ihr Sitz ist München.

Organe der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung sind der Verwaltungsrat und die Bayerische Versorgungskammer.

Der Verwaltungsrat beschließt insbesondere über die Richtlinien der Versorgungspolitik, die Satzung, den Jahresabschluss einschließlich der Entlastung der Geschäftsführung, die Anpassung von Versorgungsanrechten, die Wirtschaftsplanung sowie die Bildung von Ausschüssen und überwacht die Geschäftsführung. Er wählt für seine Amtsdauer einen Vorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende aus seiner Mitte. Der Verwaltungsrat hat dem aus seiner Mitte gewählten Verwaltungsausschuss vor allem folgende Angelegenheiten übertragen:

- Unterstützung des Verwaltungsrats bei der Überwachung der Geschäftsführung;
- Vorbereitung der Entscheidungen des Verwaltungsrats, insbesondere Vorprüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts;
- Zustimmung zu Erwerb, Bebauung und Veräußerung von Grundstücken.

In der Amtsperiode 2013 / 2016 gehören dem Verwaltungsrat 25 Mitglieder aus den beteiligten Berufskammern an.

Die Bayerische Versorgungskammer ist organisationsrechtlich eine staatliche Oberbehörde und wird von einem Vorstand geleitet. Als gemeinsames Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung sowie elf weiterer Versorgungseinrichtungen unterliegt sie insoweit keinen staatlichen Weisungen. Den Verwaltungsaufwand einschließlich der Personalkosten bestreiten die Versorgungseinrichtungen verursachungsgerecht aus ihren Mitteln.

Der bei der Versorgungskammer gebildete Kammerrat besteht aus 17 Vertretern aller von der Bayerischen Versorgungskammer verwalteten Versorgungseinrichtungen, darunter auch ein Vertreter der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung. In gemeinsamen Geschäftsführungsangelegenheiten der Versorgungseinrichtungen wirkt der Kammerrat ebenso beratend mit wie bei der Bestellung des Vorstands und der Leiter der Zentralbereiche der Versorgungskammer.

#### Rechtsgrundlagen

Die unmittelbaren Rechtsgrundlagen der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung sind:

- das Gesetz über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juni 2008 (GVBl S. 371, BayRS 763-1-I), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 373 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286);
- der Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer, die ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben, zur Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 1. Dezember / 31. Dezember 2012 (GVBl 2013 S. 316; GV.NRW. 2013 S. 143);
- die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (DVVersoG) vom 20. Dezember 1994, zuletzt geändert durch § 1 Nr. 374 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286);
- die Satzung der Bayerischen Rechtsanwaltsversorgung vom 12. Januar 1984 (StAnz Nr. 4), in Kraft getreten am 1. März 1984, zuletzt geändert durch Sat-

zung vom 16. Dezember 1995 (StAnz Nr. 51/52). Die Satzung wurde neu erlassen am 6. Dezember 1996 (StAnz Nr. 51/52). Die Neufassung ist in Kraft getreten am 1. Januar 1997. Die seit dem 1. Januar 2000 als Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung geltende Satzung wurde zuletzt geändert durch 12. Änderungssatzung vom 25. November 2014 (StAnz Nr. 50).

## Aufsicht

Die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung steht unter der Rechts- und Versicherungsaufsicht des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr.

## 2. Im Profil

### Berufsständische Versorgung

Berufsständische Versorgungswerke sind Selbsthilfeeinrichtungen der jeweiligen Berufsstände. Der Gesetzgeber hat hierfür den landesgesetzlichen Rahmen geschaffen. Berufsständische Versorgung ist ein öffentlich-rechtliches Versorgungssystem für die verkammerten freien Berufe und leistet Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung.

Die Pflichtmitgliedschaft beginnt für die Rechtsanwälte und Steuerberater gleichzeitig mit der Mitgliedschaft in der jeweiligen Berufskammer in Bayern und endet mit dem Austritt. Für Patentanwälte ist - neben der Mitgliedschaft in der Patentanwaltskammer - das Bestehen eines Kanzleisitzes in Bayern (bzw. ab dem 1. Juni 2013: in Nordrhein-Westfalen) Kriterium für Beginn und Ende der Pflichtmitgliedschaft im Versorgungswerk.

### Effiziente Versorgung

**Sichere Versorgung:**

Seit dem 1. Januar 2015 wird das klassische Anwartschaftsdeckungsverfahren, das die Versorgungsansprüche aus angesparten Beiträgen der Mitglieder sowie aus Erträgen der Kapitalanlage finanziert, um Elemente des offenen Deckungsplanverfahrens ergänzt. Für die Finanzierung der Rentenansprüche werden zwar weiterhin Erträge aus der Kapitalanlage verwendet, jedoch fließen in die Berechnung auch weitere Elemente mit ein.

**Kostengünstige Versorgung:**

Das Versorgungswerk erfasst grundsätzlich alle Kammermitglieder und kann daher auf Werbung und Vermittlungstätigkeit verzichten. So schmälern weder Werbeaufwand

und Provisionen noch der bei Aktiengesellschaften übliche Gewinnabfluss an die Aktionäre die Effizienz der Beiträge.

**Beitragsorientierte Versorgung:**

Während der Kammermitgliedschaft entrichten die Mitglieder aus dem Berufseinkommen Beiträge an das Versorgungswerk. Die Höhe der Versorgung ist deshalb Ergebnis der eingezahlten Beiträge.

**Ausbaufähige Versorgung:**

Neben den Pflichtbeiträgen können Mitglieder je nach ihren finanziellen Möglichkeiten auch zusätzliche Zahlungen laufend oder sporadisch leisten.

**Selbstverwaltete Versorgung:**

Das Versorgungswerk wird vom Berufsstand gestaltet und kontrolliert. Transparenz und Kompetenz sind daher gewährleistet.

Über den Verwaltungsrat haben die Mitglieder einen bestimmenden Einfluss auf die Versorgungsanstalt. Der Verwaltungsrat hat insbesondere das Satzungsgebungsrecht und gestaltet die Richtlinien der Versorgungspolitik. Außerdem beschließt er über die Wirtschaftsplanung und nimmt die Jahresrechnung ab.

**Solidarische Versorgung:**

Das Versorgungswerk ist auch eine große Solidargemeinschaft. Deshalb wird z. B. nicht nach Gesundheitszustand, nach Familienstand und nach der Anzahl der Kinder tarifiert. Die Solidargemeinschaft aller Mitglieder trägt die Risiken gemeinsam. Die berufsständische Versorgung ist vorrangiges Pflichtversorgungssystem vor privaten Vorsorgemaßnahmen.

## Leistungen

Das Versorgungswerk leistet

- Altersrente ab dem 67. Lebensjahr (Übergangsregelungen existieren für Jahrgänge vor 1969) bzw.
- vorgezogene Altersrente (frühestens ab dem 62. Lebensjahr, mit versicherungsmathematischen Abschlägen) bzw.
- aufgeschobene Altersrente (spätestens bis zum 70. Lebensjahr mit versicherungsmathematischen Zuschlägen),
- Berufsunfähigkeitsrente bei Berufsunfähigkeit im mitgliedschaftsbegründenden Beruf,
- Hinterbliebenenrente an die Witwe/den Witwer oder den nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz eingetragenen Lebenspartner des Mitglieds sowie Halb-/Vollwaisenrente an hinterbliebene Kinder bis längstens zum 27. Lebensjahr bzw. bis längstens zum 30. Lebensjahr bei dauernder Erwerbsunfähigkeit.

### 3. Gesellschaftliche Verantwortung

Die Geschäftsführung für die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung sowie für weitere elf Versorgungseinrichtungen wird von der Bayerischen Versorgungskammer wahrgenommen. Mit insgesamt ca. 2,0 Mio. Versicherten und Rentenempfängern, ca. 62 Mrd. Euro Kapitalanlagen und ca. 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern trägt die Bayerische Versorgungskammer damit eine große gesellschaftliche Verantwortung

- gegenüber den Mitgliedern und deren Arbeitgebern,
- als bedeutender Kapitalmarktteilnehmer
- und als Arbeitgeber.

#### Nachhaltigkeit

Mitglieder und deren Arbeitgeber vertrauen den von der Bayerischen Versorgungskammer vertretenen Versorgungsanstalten die Finanzierung ihrer Altersversorgung an. Die Bayerische Versorgungskammer achtet in besonderem Maße auf die Sicherung nachhaltiger, d. h. über Generationen wirksamer Finanzierungssysteme und gleichzeitig auf eine ertrags- und risikooptimierte Anlagepolitik.

Mit der Unterzeichnung der Prinzipien für verantwortungsbewusstes Investment der Vereinten Nationen (UNPRI) verpflichtet sich die Bayerische Versorgungskammer auf Prinzipien einer nachhaltigen Kapitalanlage und damit auch ihre Partner am Kapitalmarkt auf Grundsätze gesellschaftlicher Verantwortung.

Bis vor wenigen Jahren galten Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (sogenannte ESG-Kriterien (Environmental, Social und Corporate Governance)) als nicht-finanzmarktrelevante Faktoren und spielten eine untergeordnete Rolle in Unternehmens- und Kapitalanlagestrategien. Mittlerweile hat sich aber die Einsicht durchgesetzt, dass diese Faktoren sehr wohl Einfluss auf Kapitalanlagen haben, da ihre Missachtung ein Risiko für die Reputation und letztlich für Unternehmensbewertungen bedeuten kann. Die Beachtung und transparente Kommunikation dieser ESG-Faktoren, die den Kern nachhaltigen Wirtschaftens beinhalten, können hingegen einen wirtschaftlichen Vorteil bedeuten.

Die Bayerische Versorgungskammer als eine Unternehmensgruppe der öffentlichen Hand und einer der größten Kapitalverwalter in Europa sieht sich damit in der besonderen Verantwortung, der Nachhaltigkeit in der Kapitalanlage noch stärker als bisher Beachtung zu schenken. Gerade die Finanzkrise zeigte, dass ein Missverhältnis von kurzfristigen Anreizen und langfristiger Entwicklung gravierende Auswirkungen haben kann. Als Vermögensverwalterin der ihr anvertrauten Gelder ist für die Bayerische

Versorgungskammer eine langanhaltend stabile Kapitalanlage von zentraler Bedeutung.

Wir sind daher der Überzeugung, dass die Verfolgung einer nachhaltigen Anlagepolitik auch im langfristigen Interesse und zum Wohle der Mitglieder ist.

Die UN-Prinzipien für verantwortungsbewusstes Investment beinhalten im Einzelnen, dass wir

- im Investmentbereich in die Analyse- und Entscheidungsprozesse ESG-Themen einbeziehen,
- aktiver Treuhänder sein werden und ESG-Themen in unserer Politik und in der Praxis als Aktionär berücksichtigen,
- von den Gesellschaften, in die wir investieren, eine angemessene Offenlegung von ESG-Themen fordern,
- in der Investmentbranche die Akzeptanz und die Umsetzung dieser Grundsätze vorantreiben,
- mit den anderen Unterzeichnern der UNPRI zusammenarbeiten, um unsere Wirksamkeit bei der Umsetzung dieser Grundsätze zu steigern und
- über unsere Aktivitäten und unsere Fortschritte bei der Anwendung der Grundsätze Bericht erstatten.

Grundsätzliche Überzeugungen unserer Anlagephilosophie, wie die breite Diversifikation der Investments, werden nicht tangiert. Vor diesem Hintergrund sind wir sicher, dass die stärkere Berücksichtigung der Nachhaltigkeit in der Kapitalanlage sich langfristig positiv auf die Performance auswirken wird. Weitergehende Umschichtungen in dem bestehenden Portfolio werden durch unseren Ansatz vermieden.

#### Compliance

Die Bayerische Versorgungskammer beugt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Korruption vor und verpflichtet die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf besondere Compliance-Regelungen. Mit der Bestellung eines Beauftragten für Korruptionsprävention, entsprechenden Regeln, Schulungen der Mitarbeiter und insbesondere durch die Vorbildfunktion der Führungskräfte dokumentiert die Bayerische Versorgungskammer, wie ernst ihr die Einhaltung von Compliance-Regeln ist.

#### Beschäftigte

Die Bayerische Versorgungskammer bietet am Standort München derzeit ca. 1.200 Menschen sichere und attraktive Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Als verantwortungsbewusster Arbeitgeber schaffen wir nicht nur Ausbildungsplätze für junge Menschen, sondern eröffnen auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Behinderung (aktuell ca. 9 % des Personals) eine berufliche Perspektive.

Die Bayerische Versorgungskammer verfolgt seit vielen Jahren eine familienorientierte Personalpolitik. Sie fördert daher aktiv die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit zahlreichen Maßnahmen. 26 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in Teilzeit und sind so in der Lage, ihren familiären Verpflichtungen wie der Kinderbetreuung oder der Pflege älterer Familienangehöriger besser nachzukommen. Mit der im Jahr 2009 erfolgten Zertifizierung der familienorientierten Personalpolitik im Rahmen des Audits berufundfamilie setzt die Bayerische Versorgungskammer auch für die Zukunft ein bewusstes Zeichen.

Vielfalt, Toleranz, Fairness und Wertschätzung in der Arbeitswelt sind für uns als öffentlich-rechtlicher Arbeitgeber zentrale Werte. Um dies auch nach außen zu dokumentieren, haben wir die Charta der Vielfalt unterzeichnet und uns dazu verpflichtet, ein von Vorurteilen hinsichtlich Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung freies Arbeitsumfeld zu gewährleisten.



## **LAGEBERICHT**

## B. LAGEBERICHT

### 1. Allgemeines

#### Entwicklung des Versorgungswerks und seines politischen Umfelds

Die Geschäftsergebnisse im Geschäftsjahr 2014 belegen die weiterhin positive Bestandsentwicklung des noch relativ jungen Versorgungswerks.

Der Bestand an anwartschaftsberechtigten Personen – aktive Mitglieder und sogenannte sonstige Anwartschaftsberechtigte – stieg weiterhin in zufriedenstellendem Umfang an. Der Trend, dass sich die Anteile der Berufsgruppen der Rechtsanwälte, der Steuerberater und der Patentanwälte am Gesamtbestand der aktiven Mitglieder verändern, hat sich auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Während der Anteil der Rechtsanwälte am gesamten Aktivenbestand über die Jahre hinweg stetig abnimmt und in 2014 bei 74,0 % liegt (74,8 % in 2013), vergrößern sich die Anteile der Steuerberater (21,4 % in 2014 gegenüber 21,0 % in 2013) und der Patentanwälte (4,6 % in 2014 gegenüber 4,2 % in 2013) von Jahr zu Jahr.

Eine erfreulich deutliche Zunahme war beim Beitragsaufkommen zu verzeichnen: Insgesamt ergab sich in 2014 ein Anstieg des Beitragsaufkommens um 6,3 % auf 324,4 Mio. € (Vorjahr: 3,7 %). Besonders deutlich haben die freiwilligen Mehrzahlungen zugelegt; sie liegen in 2014 bei 26,62 Mio. € (gegenüber 21,08 Mio. € in 2013).

Der Bestand an Versorgungsempfängern zeigt, dass es sich noch um ein junges Versorgungswerk handelt: Die Anzahl der Versorgungsempfänger steigt weiterhin deutlich an und beläuft sich zum 31. Dezember 2014 auf 2.684 Personen (2.417 Personen in 2013).

Die Ergebnisse im Bereich der Kapitalanlagen können im Vergleich zum Umfeld durchaus als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Für die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung konnte insgesamt eine Bruttorendite von 3,89 % erwirtschaftet werden. Die Nettorendite liegt – unter Berücksichtigung außerordentlicher Erträge und Aufwendungen – bei 3,78 % (Vorjahr 3,82 %) und damit über dem Mischrechnungszins der Anwartschaftsverbände:

Derzeit bestehen

- der Anwartschaftsverband 1, der die Anwartschaften aus den bis zum 31. Dezember 2004 gezahlten Beiträgen umfasst. Diesen Beiträgen liegt eine Verrentungstabelle mit einem Rechnungszins von 4 % zugrunde, d. h. in die Verrentung ist ein Zinsertrag von 4 % bereits eingerechnet;

- der Anwartschaftsverband 2, der die Anwartschaften aus den ab dem 1. Januar 2005 gezahlten Beiträgen umfasst. Diesen Beiträgen liegt eine Verrentungstabelle mit einem Rechnungszins von 3,25 % zugrunde, d. h. in die Verrentung ist ein Zinsertrag von 3,25 % bereits einkalkuliert;
- der Anwartschaftsverband 3, der die Anwartschaften aus den ab dem 1. Januar 2010 gezahlten Beiträgen umfasst. Diesen Beiträgen liegt eine Verrentungstabelle mit einem Rechnungszins von 2,5 % zugrunde, d. h. in die Verrentung ist ein Zinsertrag von 2,5 % bereits einkalkuliert.

Die sich aus den drei vorgenannten Anwartschaftsverbänden zusammen ergebende Mindestzinsanforderung – der sogenannte Mischrechnungszins – lag zum 31. Dezember 2013 bei 3,46 %; zum 31. Dezember 2014 lag die Mindestzinsanforderung bei 3,41 %.

Wie in den Vorjahren, so bleibt auch im Berichtsjahr 2014 die Entwicklung des Zinsniveaus weiterhin problematisch. Der Abwärtstrend bei den am Markt erzielbaren Zinsen hält ebenso wie die Volatilität der Kapitalmärkte kontinuierlich an. Eine ausreichende Nettoverzinsung zu erzielen, wird zunehmend schwieriger. Die Risikosituation hat sich weiterhin verschlechtert, die Wahrscheinlichkeit wiederholter Rechnungszinsunterschreitungen hat zugenommen.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Verwaltungsrat auf ausdrückliche Empfehlung des Verantwortlichen Aktuars und der Geschäftsführung dafür entschieden, dem Ausbau der Sicherheitsreserven und der Verstärkung der Risikotragfähigkeit des Versorgungswerks Vorrang einzuräumen vor weiteren, ohnehin nur noch sehr begrenzt möglichen Leistungsverbesserungen. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, lediglich die Anwartschaften des Anwartschaftsverbandes 3 (Anwartschaften aus der Verrentungstabelle mit 2,5 % Rechnungszins) zum 1. Januar 2015 um 0,75 % zu dynamisieren und damit auf das Niveau des Anwartschaftsverbandes 2 (Anwartschaften aus der Verrentungstabelle mit 3,25 % Rechnungszins) anzuheben. Darüber hinaus hat der Verwaltungsrat beschlossen, das bisherige Finanzierungssystem der BRASStV – das „reine“ Anwartschaftsdeckungsverfahren – um Elemente des offenen Deckungsplanverfahrens (oDPV) zu erweitern. Diese Maßnahme erhöht die Risikotragfähigkeit des Versorgungswerks und schafft die im aktuellen Kapitalmarktumfeld nötige Flexibilität des Finanzierungssystems.

Die einzelnen Kennzahlen zur Geschäftsentwicklung sind unter 2. dargestellt.

Neben den üblichen Verwaltungstätigkeiten und Dienstleistungen, die im Rahmen der Mitgliedererfassung und -betreuung, der Renteneinweisung und Rentenzahlung sowie den damit zusammenhängenden Tätigkeiten erforderlich sind (versicherungsmathematische Dienstleistungen, Kapitalanlagetätigkeit, Weiterentwicklung und Pflege des EDV-Systems) hat sich der Beratungsaufwand – entsprechend dem, jeweils aus aktuellem Anlass heraus zunehmenden Informationsbedürfnis der Mitglieder – deutlich erhöht.

Besonderer Erläuterung bedurften z. B. kapitalanlage-technische und versicherungsmathematische Fragestellungen im Zusammenhang mit der Änderung des Finanzierungssystems. Schwerpunkt der Mitgliederanfragen aber war und ist weiterhin der Themenkomplex „Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung“.

Bereits die BSG-Rechtsprechung vom Oktober 2012 hat zu einer spürbaren Erhöhung des Verwaltungsaufwands bei den Befreiungsverfahren geführt, da das ursprünglich für die Syndikusanwälte entwickelte Verfahren – insbesondere die Notwendigkeit, bei jedem Tätigkeitswechsel ein neues Befreiungsverfahren anzustrengen – auch auf die in Kanzleien angestellten Rechtsanwälte sowie auf die angestellten Steuerberater und Patentanwälte übertragen wurde. Seit das BSG mit seinen drei Entscheidungen vom April 2014 der Befreiungsfähigkeit der Syndikusanwälte sowie ihrer Zugehörigkeit zum Anwaltsberuf nun höchststrichterlich eine klare Absage erteilt hat, ist eine starke Zunahme der Anzahl der Ablehnungsfälle, aber auch der nachträglichen bzw. rückwirkenden Aufhebungen der Befreiung zu verzeichnen. Weiterhin ergeben sich in einer ganzen Reihe von Fällen verwaltungsaufwändiger Rückabwicklungen. Hierzu und zum gesamten Themenkomplex gibt es nach wie vor zahlreiche, vor allem telefonische Anfragen.

Zwei Verfassungsbeschwerden wurden auf die aktuelle Rechtsprechung des BSG hin erhoben und im Rahmen dieser Verfahren wurden sämtliche Rechtsanwaltskammern sowie Versorgungswerke für Rechtsanwälte zur Stellungnahme aufgefordert; zwischenzeitlich wurden die Stellungnahmen auch abgegeben. Zu welchem Ergebnis die Verfassungsbeschwerden letztendlich führen werden, bleibt abzuwarten. Allerdings soll nun von Seiten des Gesetzgebers durch eine ausdrückliche berufsrechtliche Regelung Abhilfe geschaffen werden: Bereits Anfang des Jahres 2015 hat der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz ein Eckpunktepapier vorgelegt; Ziel dieses Papiers ist es, eine Änderung der Bundesrechtsanwaltsordnung zu beschreiben, die die Position des Syndikusanwalts konkretisieren, seine Rechte und Pflichten präzisieren und sicherstellen soll, dass seine

Befreiungsfähigkeit wieder hergestellt wird. Mit Datum 26. März 2015 hat das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz nunmehr den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte vorgelegt und den Landesjustizverwaltungen und den beteiligten Verbänden zur Stellungnahme zugeleitet. Eine zügige Durchführung des Gesetzgebungsprozesses wird angestrebt.

Die Schulungen für die Mitglieder der Selbstverwaltungsgremien wurden im Berichtsjahr fortgesetzt. In Anlehnung an die Anforderungen für Mitglieder der Aufsichtsgremien im Versicherungswesen sollen die Gremienmitglieder bei der BVK beim Erwerb der für ihre Tätigkeit erforderlichen Sachkunde unterstützt werden. Nach wie vor nicht abschließend geklärt ist die, insbesondere für diesen Personenkreis relevante Frage, ob die Aufwandsentschädigungen, die sie für ihre ehrenamtliche Tätigkeit erhalten, der Umsatzsteuerpflicht unterliegen. Es zeichnet sich jedoch eine Tendenz dahingehend ab, dass zumindest nach der derzeitigen gesetzlichen Regelung die Aufwandsentschädigungen weiterhin als umsatzsteuerfrei angesehen werden.

Der regelmäßige Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen sämtlichen, für den jeweiligen Berufsstand in Deutschland bestehenden Versorgungswerken schafft für die beteiligten Versorgungswerke die Möglichkeit, gemeinsame Interessen abzustimmen und zu fördern sowie versorgungspolitische und versorgungstechnische Entwicklungen frühzeitig zu diskutieren und zu koordinieren. Neben dem seit langem etablierten Rundgespräch der Rechtsanwaltsversorgungswerke gibt es auch ein entsprechendes Treffen der Steuerberater- und Wirtschaftsprüferversorgungswerke.

Schwerpunktthema der Rundgespräche der Rechtsanwaltsversorgungswerke in 2014 war die BSG-Rechtsprechung zum Syndikusanwalt und die sich daran anschließenden Konsequenzen für die Versorgungswerke, aber auch für den Berufsstand der Rechtsanwälte insgesamt. Auch im Kreis der Steuerberaterversorgungswerke war die Befreiungsproblematik Thema, nahm dort allerdings – insbesondere auf Grund der bei den Steuerberatern bereits vorhandenen entsprechenden berufsrechtlichen Regelung – weniger breiten Raum ein. Das Rundgespräch befasste sich in 2014 insbesondere mit den Themen „Neue Anlagereordnung“, „Risikomanagement“ und „Compliance“.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat zu zwei Normenkontrollanträgen gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 (u. a.) bei der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung bereits Anfang 2013 entschieden, dass die vorgenommene Satzungsänderung nicht zu beanstanden ist. Aus einem lediglich formalen Grund heraus – nämlich eine vom BVerwG gesehene Verletzung der gerichtlichen Aufklärungspflicht – wurden die Entscheidungen auf die Beschwerde der Antragstel-

ler hin zunächst aufgehoben und die Streitsachen zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an den VGH zurückverwiesen. Dieser hat mittlerweile erneut verhandelt und im Anschluss entschieden, dass die vorgenommene Satzungsänderung nicht zu beanstanden ist. Die Entscheidung ist allerdings noch nicht rechtskräftig.

Die von der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung aufgrund bestehender Kooperationsabkommen mit dem Versorgungswerk der Steuerberater und Steuerberaterinnen / Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüferinnen des Saarlandes sowie dem Versorgungswerk der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten im Freistaat Sachsen ab dem 1. Januar 2012 zu erbringenden Kapitalanlage-Dienstleistungen wurden auch im Berichtsjahr erbracht. Ferner wurde im Berichtsjahr auch die, in der Kooperationsvereinbarung mit dem Versorgungswerk der Rechtsanwälte in Berlin festgelegte dauerhafte versicherungsmathematische Unterstützung erbracht.

## Entwicklung an den Kapitalmärkten

Nach den kräftigen Kursgewinnen im Jahr 2013 wurde bereits von vielen Investoren erwartet, dass es an den Finanzmärkten in 2014 nicht leicht werden würde. Allerdings lagen die meisten Prognosen erneut weit neben den tatsächlich eingetretenen Entwicklungen. So hatte kaum jemand den drastischen Preisverfall beim Öl, den weltweiten Rückgang der Inflationszahlen, die extreme Euroschwäche sowie die Häufung geopolitischer Risiken vorhergesehen.

Im letzten Jahr konnten die Anleger trotzdem sowohl mit Renten- als auch mit Aktienanlagen Vermögenszuwächse erzielen, wobei die Ausprägungen regional sehr unterschiedlich ausfielen. In erster Linie ist diese Entwicklung auf die anhaltend lockere Geldpolitik der global wichtigen Notenbanken zurückzuführen. Dank der geldpolitischen Stimulierung hat sich die Erholung der Weltwirtschaft fortgesetzt, wenn auch mit großen regionalen Divergenzen. Während die Konjunkturerholung in den USA deutlich Fahrt aufgenommen hat, war die Eurozone auch in 2014 das schwächste Glied der Weltwirtschaft.

Eine der größten Überraschungen in 2014 stellte die Entwicklung von Rentenanlagen und hier insbesondere von Staatsanleihen dar. Trotz der bereits niedrigen Renditen, des auslaufenden Anleihenkaufprogramms der US-Notenbank Fed und des anhaltenden Wachstums der globalen Wirtschaft sind die Renditen erstklassiger Staatsanleihen erneut gesunken. Dafür verantwortlich waren die niedrige Inflation und die Ankündigung der Europäischen Zentralbank, nach den diversen Maßnahmen zur Konjunkturstabilisierung und Bekämpfung der Deflationsgefahr 2015 ihre Bilanzsumme auch durch den Ankauf von Staatsanleihen zu erhöhen. Durch die anhaltende Nachfrage nach möglichst sicheren Anlagen, erzielten

z. B. deutsche Staatsanleihen mit 10-jähriger Laufzeit auf Jahressicht eine Performance von 16,7 %. Die Rendite ging im Jahresverlauf von knapp 2 % zu Jahresanfang auf rd. 0,54 % zurück, so dass selbst auf dem bereits niedrigen Zinsniveau noch ein deutlicher Anstieg der Marktwerte erfolgte. Allerdings entwickelten sich einige Staatsanleihen der europäischen Peripherie noch deutlich besser. So gewannen spanische Anleihen 29,1 % und portugiesische Staatsanleihen sogar 34,3 %.

Die Entwicklung der Aktienmärkte war geprägt von großen regionalen Unterschieden. Während Aktien aus den USA und Asien (MSCI Asien ohne Japan) überzeugten, haben die Eurozone und viele Schwellenländer die Erwartungen nicht erfüllt. Im Jahresverlauf brauchten die Anleger, aufgrund politischer Ereignisse wie des Ukraine-Konflikts und der Sanktionen der EU gegenüber Russland sowie der Sorgen vor einem Rückfall der Eurozone in eine erneute Rezession, mehrfach gute Nerven. Die Entwicklung glich nicht einer Einbahnstraße, sondern war geprägt durch zwischenzeitliche größere Kursrückschläge. Der Rhetorik der Notenbanken Europas und der USA ist es schlussendlich zu verdanken, dass die Korrekturphasen schnell überwunden wurden. Insgesamt haben sich global diversifizierte Aktienengagements ausgezahlt.

Weitere wichtige Ereignisse an den globalen Finanzmärkten stellten die Erholung des US-Dollars sowie der deutliche Einbruch des Ölpreises dar.

Der US-Dollar profitierte davon, dass die Fed ihr Kaufprogramm für Anleihen auslaufen ließ sowie von der Erwartung, dass 2015 die Nullzinspolitik beendet und eine erste Leitzinserhöhung erfolgen wird. Gegenüber dem Euro konnte der US-Dollar um rund 12 % an Wert zulegen; handelsgewichtet verlor der Euro gegenüber den Währungen der Handelspartner 5,7 %. Diese Entwicklung kommt vor allem der Exportwirtschaft zu Gute.

Ein weiterer positiver Faktor für die Konjunkturentwicklung ist der rasante Preisrückgang des Erdöls. Seit Juni hat sich der Preis für die europäische Ölsorte Brent halbiert und notierte zum Jahresende bei einem Kurs von circa 50 US-Dollar für ein Barrel (rd. 159 Liter). Der Preisrückgang beim Öl strahlte auch auf weitere Rohstoffe des Energiesektors ab. Trotz eines Zugewinns beim Gold von rd. 12 % auf Eurobasis, verzeichnete der breite CRB-Rohstoffindex einen Rückgang von 6,5 %.

## Zugehörigkeit zu Verbänden

Die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung ist Mitglied der 1978 gegründeten Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV). Die Arbeitsgemeinschaft hat die Aufgabe, gemeinsame Interessen der berufsständischen Versorgungswerke zu wahren und zu fördern.

## 2. Geschäftsentwicklung

### Überblick über das Geschäftsjahr

Im Jahr 2014 konnte die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung einen Anstieg des Beitragsaufkommens um 19,3 Mio. € (+ 6,3 %, Vorjahr: + 3,7 %) auf 324,4 Mio. € verzeichnen. Für die Dynamisierung zum 1. Januar 2014 wurden der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen 8,0 Mio. € entnommen und als Einmalbeitrag vereinnahmt. Die Nettoerträge aus Kapitalanlagen erhöhten sich um 15,3 Mio. € (+ 8,4 %, Vorjahr: + 5,4 %) auf 197,6 Mio. €. Die Versorgungsleistungen – ohne Regulierungskosten und ohne Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle – erhöhten sich um 4,2 Mio. € (+ 14,0 %, Vorjahr: + 9,3 %) auf 34,1 Mio. €. Die Kapitalanlagebestände stiegen um 495,9 Mio. € (+ 9,9 %, Vorjahr: + 9,3 %) auf 5.481,7 Mio. €.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen sind von 5.077,1 Mio. € (+ 9,5 %, Vorjahr: + 9,7 %) auf 5.557,5 Mio. € gestiegen. Sie dienen dazu, die Versorgungsleistungen dauerhaft erfüllen zu können.

Es bestehen keine wesentlichen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

### Bestandsbewegung

Die Zahl der Anwartschaftsberechtigten erhöhte sich um 1.370 (Vorjahr: 1.592) auf 40.016 (davon 25.257 aktive Rechtsanwälte, 7.321 aktive Steuerberater und 1.569 aktive Patentanwälte), die Zahl der Versorgungsempfänger um 267 (Vorjahr: 210) auf 2.684.

## Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Witwen	Witwer	Waisen
									Euro	Euro	Euro
<b>I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres</b>	22.727	15.919	1.569	291	26.878.460	305	43	209	2.796.739	408.665	429.618
<b>II. Zugang während des Geschäftsjahres</b>											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	931	841	193	51	4.421.954	29	9	38	297.734	92.616	80.621
2. sonstiger Zugang	5	2	-	-	-	-	-	10	-	-	21.420
3. gesamter Zugang	936	843	193	51	4.421.954	29	9	48	297.734	92.616	102.041
<b>III. Abgang während des Geschäftsjahres</b>											
1. Tod	23	9	24	10	500.902	6	1	-	36.154	1.230	-
2. Beginn der Altersrente	173	33	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	20	18	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-	1	2	18.593	-	3	16	-	32.715	26.954
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	81	51	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7. sonstiger Abgang	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8. gesamter Abgang	297	112	25	12	519.495	6	4	16	36.154	33.945	26.954
<b>IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres</b>	23.366	16.650	1.737	330	30.780.919	328	48	241	3.058.319	467.336	504.705
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	3.076	2.793	2*	13*	90.605*	-	-	-	-	-	-
2. in Rückdeckung gegeben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

\*) davon Leistungsempfänger und Leistungen aufgrund Versorgungsausgleich

## Kapitalanlagen

Wie bereits eingangs erwähnt, sind die Renditen für festverzinsliche Anlagen im Jahresverlauf erneut stark gesunken. Nachdem wir bereits bis Februar 2014 einen großen Teil der für die Direktanlage vorgesehenen Mittel investiert hatten, konnten wir anschließend den niedrigen Renditen durch Investitionen im Masterfonds ausweichen. Im Versorgungswerk-Masterfonds wurde die Anlagepolitik einer breit gefächerten Diversifizierung weiter verfolgt. Auf Jahressicht wurden vor allem die Immobiliensegmente im Fonds weiter gestärkt. Investitionen erfolgten sowohl bei den Immobilienspezialfonds als auch bei den im Vorjahr aufgelegten REITs (hierbei handelt es sich um börsennotierte Immobiliengesellschaften). Weitere Schwerpunkte stellten die Aufstockung der Aktienengagements, die Auflage und Dotierung von Bank-Loan-Mandaten sowie die Stärkung der bestehenden Absolute Return Mandate dar.

Das Ergebnis des Versorgungswerk-Masterfonds erreichte ein Niveau wie im Vorjahr. Die insgesamt volatilen Finanzmärkte sorgten dafür, dass vor allem taktische und Absolute Return Ansätze mit ihren Ergebnissen hinter den Erwartungen zurück blieben.

Die Ausschüttungen aus dem Versorgungswerk-Masterfonds betragen insgesamt 64,97 Mio. Euro; der Beitrag für die Nettorendite beträgt somit 1,24 %-Punkte. Auf Basis des durchschnittlich eingesetzten Kapitals im Versorgungswerk-Masterfonds beträgt die Ausschüttungsrendite nach Buchwerten 3,66 %.

Zum Jahresende 2014 waren im Versorgungswerk-Masterfonds 19 Wertpapierspezialfonds und 7 Immobilienspezialfonds enthalten, in denen auf Basis der Buchwerte rund 36,7 % der Kapitalanlagen investiert sind. Insgesamt haben wir derzeit 105 Managementmandate vergeben.

Bei den festverzinslichen Rententiteln in unserem Direktbestand stellen staatsnahe Emittenten sowie gedeckte Anlagen die größte Position. Der gesamte Anteil der festverzinslichen Titel an den gesamten Kapitalanlagen belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 58,8 %.

In der Direktanlage haben wir im Geschäftsjahr keine derivativen Finanzgeschäfte getätigt.

Insgesamt konnten wir Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 203,8 Mio. Euro verzeichnen. Nach Abzug der Aufwendungen für Kapitalanlagen ergibt sich für 2014 ein Nettoertrag von 197,6 Mio. Euro (Vorjahr: 182,2 Mio. Euro).

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen, d. h. die Verzinsung unter Berücksichtigung sämtlicher ordentlicher und außerordentlicher Erträge und Aufwendungen, betrug 3,78 % (Vorjahr: 3,82 %).

Die laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen, errechnet nach der vom Gesamtverband der Deut-

schen Versicherungswirtschaft e. V. empfohlenen Methode, betrug 3,78 % (Vorjahr: 3,57 %).

Der für versicherungsmathematische Zwecke ermittelte technische Zinssatz lag über dem Mischrechnungszins der Anwartschaftsverbände.

## Kosten

Die auf die Beitragseinnahmen bezogenen Betriebskosten ergeben für das Berichtsjahr einen Betriebskostensatz von 1,41 %.

Der insbesondere auch die Erträge aus Kapitalanlagen berücksichtigende Gesamtkostensatz beträgt 1,40 %.

## Versicherungstechnisches Ergebnis

Versicherungstechnisch konnte ein positives Jahresrohergebnis (2.407.362 Euro) festgestellt werden. Das sonstige Ergebnis beläuft sich auf - 589.804 Euro. Der Jahresüberschuss betrug 1.346.000 Euro, dieser wurde vollständig in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

### 3. Risikobericht

#### Risikomanagement

Die Bayerische Versorgungskammer verfügt über einen ganzheitlichen Risikomanagementansatz, bei dem die Risiken identifiziert, analysiert und bewertet sowie laufend überwacht werden. Ausgangspunkt sind dabei unsere übergeordneten Ziele, die in der Geschäftsstrategie festgelegt werden und folgenden Kategorien zugeordnet sind:



Hieraus wird unsere Risikostrategie abgeleitet, die den Umgang mit den Risiken vorgibt und die Grundsätze der Risikosteuerung beschreibt.

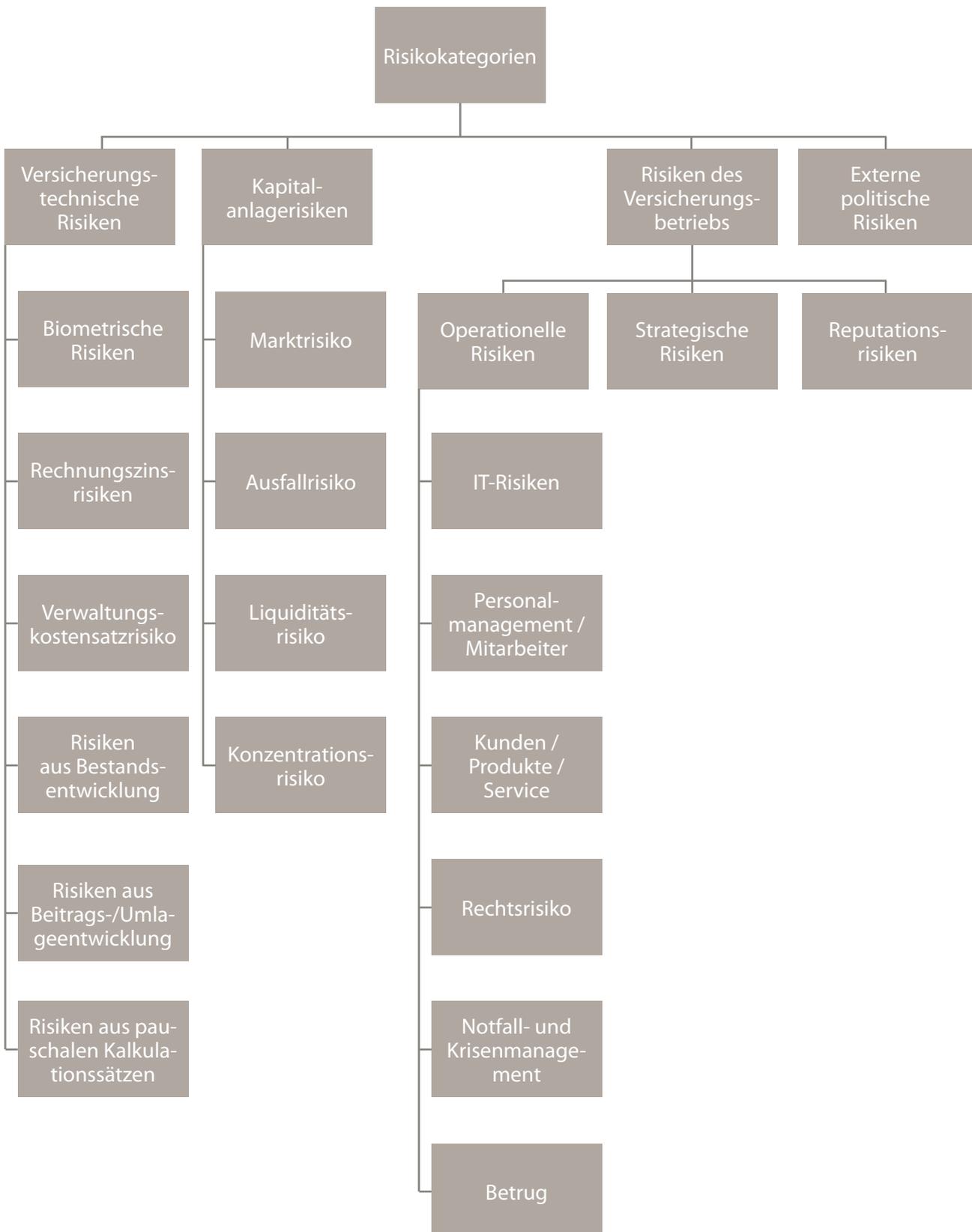
Das Risikomanagement ist als wichtiger Bestandteil unserer Unternehmenssteuerung etabliert. Wir orientieren uns dabei an dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG). Die praktische Umsetzung des Risikomanagements läuft nach folgendem Prozess ab:



#### Risikoidentifikation

Neben dem operativen Geschäft beobachten wir auch aktuelle Entwicklungen, etwa im Bereich des Kapitalmarktes, der Gesetzgebung oder der Informationstechnologie, um auf Veränderungen rechtzeitig und angemessen reagieren zu können. Diese Aufgabe erfüllen Spezialisten der Bereiche Mathematik, Kapitalanlagen, Informationsverarbeitung und Service sowie der Geschäftsbereiche. Somit haben wir die Risikoverantwortung dezentralisiert und auf die operativen Einheiten verteilt, was uns eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Risiken erlaubt.

Die identifizierten Risiken werden systematisch erfasst und den nachfolgenden Risikokategorien zugeordnet.



## Risikoanalyse und Bewertung

Die Risiken werden grundsätzlich im Rahmen von Risikoinventuren regelmäßig analysiert und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihres Verlustpotentials bewertet. Hierbei fließen u. a. die Erkenntnisse aus den Asset-Liability-Untersuchungen sowie die versicherungsmathematischen Berechnungen und Simulationen verschiedener Szenarien ein.

## Risikosteuerung

Im Rahmen der Risikosteuerung legen wir zunächst den Umgang mit den Risiken fest (Reduzieren, Eliminieren, Überwälzen – z. B. auf Versicherungen – oder Akzeptieren). Im zweiten Schritt werden geeignete Maßnahmen ermittelt und beschrieben sowie deren Umsetzungsgrad im Risikomanagement-System dokumentiert.

Im Rahmen der monatlichen Ertrags- und Risikoanalysen wird im Jahresverlauf überprüft, ob mit dem gewählten Kapitalanlageportfolio die gesetzten Ziele sowie die aktuariellen Mindestanforderungen erfüllt werden können. Diese sind somit Entscheidungsgrundlage für die Festlegung der Allokation. Ferner findet eine regelmäßige Überprüfung der Kapitalanlageplanung statt, ob im Hinblick auf Marktveränderungen Anpassungen notwendig sind.

## Risikoüberwachung

Die laufende Überwachung der Risiken ist ein fester Bestandteil unserer Managementaufgaben. Mit Hilfe von regelmäßigen, EDV-gestützten Risikoinventuren aktualisieren die Risikoverantwortlichen den gegenwärtigen Stand der Risikosituation und dokumentieren diesen. Für die Ertrags- und Risikoanalysen im Kapitalanlagebereich werden monatlich stochastische Szenarien über einen Projektionszeitraum von fünf Jahren verwendet. Mit Hilfe dieser stochastischer Simulationen werden aktiv- und passivseitige Projektionen vorgenommen, ausgewertet und in einem Limitsystem dargestellt. Zur Überprüfung der langfristigen Finanzierbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen wird zusätzlich ein Limitsystem mit einem 30-jährigen Betrachtungszeitraum verwendet.

## Risikoberichterstattung

Durch eine unternehmensweite Koordination der Risikoberichterstattung wird ein umfassender Überblick über die gesamte Risikosituation der Versorgungseinrichtung ermöglicht. Über Visualisierungen mittels Limitsystem und Risikomatrix können die wesentlichen Risiken frühzeitig erkannt und geeignete Maßnahmen eingeleitet werden.

## Risikosituation der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung

Nachfolgend werden die wesentlichen Risiken beschrieben.

### Versicherungstechnische Risiken

Die satzungsrechtlichen bzw. gesetzlichen Leistungsverpflichtungen binden unsere Versorgungseinrichtungen langfristig. Die Rahmenbedingungen können sich aber immer wieder ändern und von den Annahmen des versicherungsmathematischen Geschäftsplans abweichen. Die sich daraus ergebenden Risiken frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, ist ein wichtiger Teil des Risikomanagements. Sollten die tatsächlichen Entwicklungen insbesondere der Kapitalrendite, der Lebenserwartung und der Bestandsentwicklung von den Rechnungsgrundlagen erheblich abweichen, sind mittelfristig Korrekturen des Verhältnisses von Beiträgen und Leistungen erforderlich. Hierzu gehört auch die Überprüfung des Rechnungszinses.

Biometrischen Risiken tragen wir Rechnung, indem wir die Bestandsentwicklung laufend beobachten und die Rechnungsgrundlagen zur Berücksichtigung aktueller Entwicklungen anpassen. Sollten die gewonnenen Erkenntnisse dies erfordern, werden die versicherungstechnischen Rückstellungen entsprechend erhöht und das Beitrags-Leistungs-Verhältnis (Verrentungssatz) entsprechend abgesenkt.

### Kapitalanlagerisiken

Für die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung gehört die Umsetzung einer risikokontrollierten und verantwortungsbewussten Kapitalanlagestrategie zu den wichtigsten Unternehmenszielen. Damit soll die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen erreicht werden. Dementsprechend sorgfältig planen wir die Investitionen in die diversen Anlageklassen. Etwaige Zinsrisiken und deren mögliche Auswirkungen auf den Kapitalertrag versuchen wir frühzeitig auf der Basis von Asset-Liability-Untersuchungen abzuschätzen. Die Risiken einzelner Kapitalanlagen, ausgelöst durch negative Entwicklungen auf den Kapitalmärkten (Marktrisiko) oder bei einzelnen Emittenten (Bonitätsrisiko), liegen vor allem in einem dauerhaften Wertverlust einer Anlage. Unsere Kapitalanlageexperten steuern diese Risiken durch eine Reihe von Maßnahmen. Vor allem durch eine entsprechende Mischung und Streuung der Investments sowohl über Anlageklassen als auch über Emittenten vermeiden wir Konzentrationsrisiken und somit eine zu große Abhängigkeit von einzelnen Anlageklassen oder Emittenten. So wird z. B. das Emittentenrating der im Direktbestand gehaltenen festverzinslichen Titel laufend überwacht und regelmäßig berichtet. Auch nach den im Berichtsjahr erneut erfolgten Ratinganpassungen bei vie-

len Emittenten weisen über 86,8 % der Anlagen ein Rating von A oder besser auf.

Weitere Maßnahmen betreffen die Optimierung der Assetklassen (= Anlageklassen), die genaue und ständige Analyse der Kapitalmärkte sowie Simulationsrechnungen zu möglichen Entwicklungen der Anlageklassen und deren Auswirkungen auf stille Reserven bzw. außerordentliche Abschreibungen. Hierbei führen unsere Experten Szenarioberechnungen sowohl für kurz- als auch für langfristige Zeiträume durch. Die Weiterentwicklung unseres Systems zur Analyse von Ertrags- und Risikokennzahlen bietet uns die Möglichkeit, auf einer gemeinsamen Plattform vielfältige Untersuchungen sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite durchzuführen.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen werden mit den um Tilgungsleistungen gekürzten Nennwerten bewertet. Ändert sich der Marktzins, wirkt sich dies nicht auf die Bilanzierung dieser Anlagepositionen aus. Da sie einen besonders hohen Anteil an unserem Portfolio ausmachen, hat die Verschiebung der Zinsstrukturkurve um einen Prozentpunkt nach oben nur unwesentliche Auswirkungen auf den Gesamtwert unseres Direktbestandes.

Emittenten der von uns gehaltenen Schuldscheine und Namenspapiere sind zum überwiegenden Teil Bund, Länder, öffentlich-rechtliche sowie privatrechtliche Kreditinstitute innerhalb der EU, wobei der Anteil deutscher Emittenten dominiert. Für den Großteil der festverzinslichen Wertpapiere sehen wir aktuell kein erhöhtes Risiko, da auch hier der Anteil der Emittenten mit guter und sehr guter Bonität überwiegt.

#### Operationelle Risiken

Wesentlicher Erfolgsfaktor sind kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese zu gewinnen und zu binden ist eine kontinuierliche Herausforderung, vor allem vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des intensiven Wettbewerbs am Arbeitsmarkt. Insofern besteht das Risiko, dass Leistungsträger das Unternehmen verlassen und mit ihnen Fachwissen verloren geht. Kurzfristige negative Auswirkungen der Fluktuation werden durch entsprechende Stellvertreterregelungen, angemessene Prozessdokumentationen und eine konsequente Nachfolgeplanung minimiert. Um dem Verlust von Fach- und Führungskräften auch weiterhin erfolgreich entgegenzusteuern, bieten wir sichere Arbeitsplätze mit interessanten Entwicklungsmöglichkeiten, eine Vergütung auf der Grundlage der für den öffentlichen Dienst gültigen Tarifverträge und eine betriebliche Altersvorsorge. Neben flexiblen Arbeitszeiten, individuellen Teilzeitmodellen und weiterer Unterstützung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein attraktives Arbeitsumfeld. Hierzu gehören u. a. ein umfassendes

Fortbildungsangebot, ein betriebliches Gesundheitsmanagement sowie verschiedene Sozialleistungen. Das Prinzip der Vielfalt und Gleichbehandlung aller Mitarbeiter unterstützt uns dabei, die besten Fach- und Führungskräfte für unser Unternehmen zu gewinnen und langfristig an uns zu binden.

Von zentraler Bedeutung ist auch eine sichere und zukunftsfähige Informationstechnologie. Den Risiken eines Systemausfalls sowie eines Ausfalls technischer Einrichtungen begegnen wir u. a. durch regelmäßige Datensicherung und den Betrieb eines Backup-Rechenzentrums, das die schnelle Wiederherstellung von Daten und Anwendungen ermöglicht. Diese sind durch Zugriffsberechtigungen umfassend geschützt. Nicht zuletzt sichern Firewall-Systeme und Security-Gateways unsere IT-Infrastruktur gegen externe Angriffe. Im Übrigen orientiert sich die BVK in Fragen der Informationssicherheit an den Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

Einheitliche Standards für Überwachungs- und Kontrollprozesse, wie etwa das Vier-Augen-Prinzip, gewährleisten auch für die organisatorischen Abläufe ein hohes Sicherheitsniveau.

Die grundlegenden Änderungen im Bereich der Altersversorgungspolitik haben ebenfalls Einfluss auf die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung. Daher beobachten wir Entwicklungen der Gesetzgebung und Rechtsprechung kontinuierlich und systematisch, um frühzeitig auf Änderungen reagieren zu können. Zudem setzt sich die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung über die Mitgliedschaft in der ABV im politischen Meinungsbildungsprozess aktiv für die Interessen ihrer Mitglieder und Versicherten ein.

## 4. Prognosebericht

### Bestandsentwicklung

Der Neuzugang an Mitgliedern verlief in den letzten Jahren gleichmäßig; zu verzeichnen ist ein kontinuierliches, moderates Wachstum. Diesbezüglich ist mit größeren Veränderungen nicht zu rechnen. In Anbetracht der Aktivitäten des Gesetzgebers, einen berufsrechtlichen Rahmen für die Syndici bereitzustellen mit dem Ziel, die Voraussetzungen für die Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherung zu Gunsten des Versorgungswerks zu schaffen, wird sich die BSG-Rechtsprechung vom April 2014 voraussichtlich nicht negativ auf die Zugangszahlen auswirken.

Ein aufgrund der geringen Bestandszahlen nicht allzu signifikanter außerordentlicher Mitgliederzuwachs wird sich durch den bevorstehenden Beitritt der Freien und Hansestadt Hamburg zum „Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Nordrhein-Westfalen über den Beitritt der Patentanwälte mit Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen zur Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung“ ergeben: Der Übernahmebestand der Patentanwälte mit Kanzleisitz in Hamburg beläuft sich auf knapp 100 Personen; dementsprechend ist auch im Hinblick auf den Neuzugang bei den Patentanwälten mit Kanzleisitz in Hamburg künftig nur mit einem moderaten Wachstum zu rechnen.

Weiterhin deutlich zunehmen wird – ausgehend von einem derzeit immer noch niedrigen Niveau – die Anzahl der Versorgungsempfänger. Hierdurch bedingt wird mittelfristig von einer nur geringfügigen Mitgliederzunahme auszugehen sein, da den Neuzugängen ein erhöhter Abgang von in den Rentenbezug wechselnden Mitgliedern gegenüberstehen wird.

In der Zusammensetzung des Bestands ist seit der Öffnung des Versorgungswerks für die Berufsstände der Steuerberater und der Patentanwälte eine konstant sinkende Quote bei Rechtsanwälten und eine konstant steigende Quote bei Steuerberatern und Patentanwälten festzustellen.

### Beiträge

Die Entwicklung des Beitragsaufkommens wird aufgrund der allgemeinen maßgeblichen Einflussfaktoren (Mitgliederwachstum, Einkommenssituation, Konjunktur, Beitragssatz und Beitragsbemessungsgrenze) weiterhin nur geringfügige Steigerungsraten aufweisen. Mit dem Beitritt der Patentanwälte mit Kanzleisitz in Hamburg ist mit einem außerordentlichen – aber aufgrund der geringen Bestandszahlen nicht allzu signifikanten – Anstieg des Beitragsaufkommens zu rechnen.

### Versorgungsleistungen/Anwartschaften

Die Zahl der Versorgungsempfänger und die Höhe der Versorgungsleistungen werden planmäßig weiterhin deutlich steigen. Nach wie vor handelt es sich überwiegend noch um Altersruhegeldempfänger mit verkürzten Versicherungsverläufen (Anfangsbestände). Die durchschnittliche Höhe der Bruttoversorgungsleistungen wird sich daher aufgrund der noch anwachsenden mittleren Beitragszahlungsdauer der in den Ruhestand tretenden Mitglieder weiter erhöhen.

### Kapitalanlagen

Die ersten großen Themen für das neue Jahr sind gesetzt und machen deutlich, dass auch 2015 sowohl politisch als auch ökonomisch kein einfaches Jahr wird.

Die EZB hat mit ihrem Anleihekaufprogramm, das von März 2015 bis September 2016 Anleihenkäufe von 60 Mrd. Euro monatlich vorsieht, weitreichende geldpolitische Maßnahmen angekündigt. Ziel ist es, die niedrige Inflation in der Eurozone zu bekämpfen und eine deflationäre Entwicklung zu verhindern. Abzuwarten bleibt, ob das Geld über die Banken, denen die Zentralbank Anleihen abkauft, in Form von Krediten bei Unternehmen und Verbrauchern ankommt. Wenn ja, dann könnte es Konsum und Investitionen anschieben und damit die Konjunktur in Schwung bringen. Sicher scheint, dass die Zinsen im Euroraum weiterhin niedrig bleiben, da auch der Leitzins mit 0,05 % weiterhin historisch niedrig bleibt. Allerdings kann die EZB nur Zeit kaufen, denn für die Verbesserung der Rahmenbedingungen müssen die betroffenen Staaten selbst sorgen.

Nach den Neuwahlen in Griechenland gestalten sich die Bemühungen um eine dauerhafte Lösung der Schuldenkrise außerordentlich schwierig.

Auch der Ölpreis steht im bisherigen Jahresverlauf weiter unter Druck und bringt eine Vielzahl der Ölförderländer in finanzielle Schwierigkeiten.

Ein weiterer Krisenherd brodelt in der Ukraine, wo sich pro-russische Separatisten im Krieg mit der Ukraine befinden. Neben dem militärischen Konflikt werden sich auch die vom Westen verhängten Sanktionen gegen Russland sowohl in der Exportwirtschaft als auch in Russland bemerkbar machen.

Aber auch der Syrien-Konflikt und die Bedrohung durch die Terrorgruppe Islamischer Staat können sich im neuen Jahr nachteilig auf die konjunkturelle Erholung auswirken. Zunächst sollte sich die laufende Erholung der globalen Wirtschaft trotz der möglichen Bedrohungen fortsetzen. Weltweit wird ein Wachstum zwischen drei und vier Prozent erwartet, wenngleich dieses auch 2015 sehr ungleich verteilt sein wird. Die USA bleiben der führende Wachstumsfaktor und werden zusammen mit China und Indien das globale Wachstum tragen. Prominentester Nachzügler unter den Industriestaaten bleibt wohl auch im nächs-

ten Jahr die Eurozone, wobei auch dort weiterhin regionale Unterschiede zu erwarten sind.

Trotz aller Herausforderungen sollten die Aktienmärkte insgesamt eine ordentliche Performance erzielen. Gründe dafür sind historisch tiefe Zinsen, die unkritischen Inflationsszahlen, eine insgesamt großzügige Geldpolitik und die hohe Rentabilität der Unternehmen. Die globalen Anleihenmärkte hingegen scheinen im Vergleich zu den langfristigen Durchschnittswerten mehr denn je überbewertet zu sein und sind damit weniger attraktiv als Aktien. Der US-Dollar wird durch die erwarteten Zinserhöhungen gegenüber dem Euro wohl weiter an Wert zulegen. Bei diesen Rahmenbedingungen sieht unsere Investitionsplanung vor, die Fondsanlage und auch den Immobilien-Direktbestand weiter zu stärken und die Mittel, die in die Rentendirektanlage fließen, möglichst gering zu halten.

### **Zusammenfassende Einschätzung**

Insgesamt ist künftig einerseits mit einem weiterhin moderaten Anstieg des Mitgliederbestands und Beitragsaufkommens und andererseits mit einem deutlichen Anstieg des Bestands an Versorgungsempfängern zu rechnen; letzterer geht allerdings noch von einer sehr niedrigen Basis aus. Diese Entwicklung entspricht für das vergleichsweise noch junge Versorgungswerk durchaus den Erwartungen. Hinsichtlich der Verzinsung der Kapitalanlagen ist für das Geschäftsjahr 2015 ein Ergebnis in Höhe des letzten Jahres zu erwarten. Diese Einschätzung kann allerdings durch jetzt noch nicht vorhersehbare Entwicklungen an den Kapitalmärkten (negativ) beeinflusst werden. Damit die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung – trotz der historisch niedrigen Neuanlagezinsen und der weiterhin bestehenden Unsicherheiten auf den Kapitalmärkten – auch künftig den aktuariellen Anforderungen genügt und die für die Bedeckung der eingegangenen Verpflichtungen erforderliche Rendite erwirtschaftet, wurden Handlungsalternativen entwickelt. Gemäß Beschluss des Verwaltungsrats vom Oktober 2014 wird das bisherige Finanzierungssystem der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung – das sogenannte „reine“ Anwartschaftsdeckungsverfahren – zum 1. Januar 2015 um Elemente des sogenannten offenen Deckungsplanverfahrens erweitert; die entsprechende Änderungssatzung ist von der Aufsichtsbehörde, dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr genehmigt. Die Änderungen lassen erwarten, dass das Versorgungswerk damit zukunftsfest aufgestellt bleibt.



## **JAHRESABSCHLUSS**

## C. JAHRESABSCHLUSS

### Bilanz zum 31. Dezember 2014

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

<b>AKTIVA</b>	Euro	Euro	Euro	<b>Euro</b>	Vorjahr Euro
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände				<b>870.670</b>	1.424.797
<b>B. Kapitalanlagen</b>					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			248.917.976		214.192.581
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		2.010.628.147			1.536.679.489
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		30.595.510			30.595.510
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen		106.335.245			49.500.000
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	1.900.200.000				1.924.200.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.185.000.000	3.085.200.000			1.225.000.000
5. Einlagen bei Kreditinstituten		-	5.232.758.902		5.600.000
				<b>5.481.676.878</b>	4.985.767.580
<b>C. Forderungen</b>					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: Versicherungsnehmer			13.825.613		29.440.382
II. Sonstige Forderungen			16.138.520		11.912.134
				<b>29.964.133</b>	41.352.516
<b>D. Sonstige Vermögensgegenstände</b>					
I. Sachanlagen und Vorräte			240.938		231.089
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			481		1.695
III. Andere Vermögensgegenstände			3.062.439		2.691.595
				<b>3.303.858</b>	2.924.379
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			63.114.253		64.491.939
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			8.339.494		6.423.049
				<b>71.453.747</b>	70.914.988
<b>Summe der Aktiva</b>				<b>5.587.269.286</b>	5.102.384.260

<b>PASSIVA</b>	Euro	Euro	Vorjahr Euro
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Gewinnrücklagen Sicherheitsrücklage		<b>13.503.524</b>	12.157.524
<b>B. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>			
I. Deckungsrückstellung	5.516.770.493		5.042.148.098
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	3.623.219		3.287.503
III. Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen	37.125.981		31.664.341
		<b>5.557.519.693</b>	5.077.099.942
<b>C. Andere Rückstellungen</b>			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.300.908		5.051.566
II. Sonstige Rückstellungen	1.190.532		1.173.885
		<b>6.491.440</b>	6.225.451
<b>D. Andere Verbindlichkeiten</b>			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber: Versicherungsnehmern	4.642.421		2.658.748
II. Sonstige Verbindlichkeiten davon: aus Steuern: 162.538 Euro (Vorjahr: 117.277 Euro) im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 Euro (Vorjahr: 0 Euro)	4.628.604		3.643.154
		<b>9.271.025</b>	6.301.902
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>483.604</b>	599.441
Summe der Passiva		<b>5.587.269.286</b>	5.102.384.260

Es wird bestätigt, dass die versicherungstechnischen Rückstellungen nach dem zuletzt am 15. Dezember 2014 genehmigten technischen Geschäftsplan berechnet worden sind.

München, 13. Juli 2015

Baader  
Versicherungsmathematischer Sachverständiger/  
Verantwortlicher Aktuar

## Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

Posten	Euro	Euro	Euro	Vorjahr Euro
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Verdiente Beiträge Gebuchte Beiträge			<b>324.393.869</b>	305.058.892
2. Beiträge aus der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen			<b>7.998.361</b>	-
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	12.506.611			11.239.425
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	191.327.985	203.834.596		164.818.786
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-		11.761.202
			<b>203.834.596</b>	187.819.413
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge			<b>59.770</b>	48.803
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		34.615.039		30.443.534
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		335.716		784.604
			<b>34.950.755</b>	31.228.138
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto- Rückstellungen Deckungsrückstellung			<b>474.622.396</b>	438.417.829
7. Aufwendungen für künftige Leistungsverbesserungen			<b>13.460.000</b>	10.720.000
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb			<b>4.583.017</b>	4.875.141
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		2.728.173		2.344.504
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		3.527.925		3.237.819
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-		-
			<b>6.256.098</b>	5.582.323
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen			<b>6.968</b>	14.640
<b>11. Versicherungstechnisches Ergebnis</b>			<b>2.407.362</b>	2.089.037

<b>Posten</b>	Euro	<b>Euro</b>	Vorjahr Euro
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	219.585		143.697
2. Sonstige Aufwendungen	809.389		758.513
		<b>- 589.804</b>	- 614.816
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		<b>1.817.558</b>	1.474.221
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<b>72.790</b>	66.709
5. Sonstige Steuern		<b>398.768</b>	335.512
6. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		<b>1.346.000</b>	1.072.000
7. Entnahmen aus Gewinnrücklagen aus der Sicherheitsrücklage		-	-
8. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Sicherheitsrücklage		<b>1.346.000</b>	1.072.000
<b>9. Bilanzgewinn/Bilanzverlust</b>		-	-

## Anhang

### 1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

#### Rechtliche Grundlagen

Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden nach Art. 12 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) i.V.m. § 6 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (DVVersoG) unter Berücksichtigung des Finanzierungsverfahrens und in entsprechender Anwendung

- des § 55 Abs. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) in der geänderten Fassung vom 26. März 2007,
- der §§ 238 ff., §§ 341 ff. des Handelsgesetzbuches (HGB) in der am 1. Juni 2007 geltenden Fassung sowie
- der Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der am 1. Juni 2007 geltenden Fassung

wie für eine Pensionskasse aufgestellt.

#### Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet. Abschreibungen erfolgen in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften linear.

**Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten**

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten, Gebäude mit den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt. Zusatz- und Sondereinrichtungen in Gebäuden werden regelmäßig einheitlich mit den Gebäuden abgeschrieben. Die planmäßigen Abschreibungen von den Anschaffungs- und Herstellungskosten betragen grundsätzlich 2,5 % p. a. linear auf 40 Jahre. Für neuangeschaffte Wohnimmobilien gilt seit 1. Januar 2010 ein reduzierter Abschreibungssatz von 1,5 %. Wohngebäude haben im Vergleich zu den Büro- und Geschäftsgebäuden eine wesentlich längere Lebenserwartung. Um die tatsächlichen Verhältnisse bei den Wohngebäuden besser wiederzugeben wurde der Abschreibungssatz von 2,5 % auf 1,5 % reduziert.

**Wertpapiere und Anteile**

Mit entsprechendem Beschluss des Vorstands Ende 2008 wurden die gesamten Fondsanlagen dem Anlagevermögen zugeordnet. Seitdem wurden alle zugegangenen Fondsanteile und Inhaberschuldverschreibungen dem Anlagevermögen zugeordnet und mit dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

**Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen**

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen werden mit den um die Tilgungsleistungen gekürzten Nennwerten ausgewiesen. Einbehaltene Disagio-Beträge werden als Passive Rechnungsabgrenzungen geführt und entsprechend der durchschnittlichen Laufzeit anteilig vereinnahmt.

**Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen**

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind mit den um Tilgungsleistungen gekürzten Nennwerten bewertet. Agio- und Disagioträge werden durch Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt. Im Bestand der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung befinden sich nach IDW RS HFA 22 ausschließlich einfach strukturierte Produkte, welche keiner getrennten Bewertung bedürfen.

**Zeitwertermittlung**

Die Zeitwertermittlung der Kapitalanlagen haben wir wie folgt vorgenommen:

1. Die Wertermittlung der Immobilien erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen des BauGB, der ImmoWertV vom 19. Mai 2010 und den allgemein anerkannten Richtlinien der Wertermittlung. Die Bewertung wird in der Regel nach dem vereinfachten Ertragswertverfahren (GDV-Methode II) zum Stichtag 31. Dezember jedes Jahres durchgeführt.
2. Spezialfonds und Inhaberpapiere wurden mit dem Rücknahmepreis bzw. dem Börsenkurswert zum Jahresabschluss 2014 bewertet.
3. Namenspapiere werden auf der Grundlage der Swap-Kurve (Euribor vs. 6 Monate) im ERP-System als Standardtransaktion berechnet. Dabei werden die Spreads (Zinsaufschläge) auf Pfandbriefe vom „Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp)“ und auch differenzierter Spreads für Schuldscheine berücksichtigt.
4. Die strukturierten Produkte werden durch die Kontrahenten monatlich bewertet. Die Kurse werden auf Basis von anerkannten Zinsmodellen ermittelt. Die Bayerische Versorgungskammer verifiziert diese Kurse mit Hilfe eines eigenen Zinsmodells.

**Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Zins- und Mietforderungen und sonstige Forderungen**

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Zins- und Mietforderungen und sonstige Forderungen werden mit dem Nennbetrag bewertet. Anfallende Einzelwertberichtigungen und Abschreibungen zu Beitragsforderungen werden bei den entsprechenden Aktivposten abgesetzt. Mietforderungen werden bei Uneinbringlichkeit abgeschrieben; bei Zweifelhafteit werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Verbleibende Mietforderungen werden abhängig von deren Fälligkeit pauschal wertberichtigt.

<b>Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Vermögensgegenstände</b>	Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Vermögensgegenstände werden zum Anschaffungspreis, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Planmäßige Abschreibungen werden in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften vorgenommen.
<b>Andere Vermögensgegenstände</b>	Andere Vermögensgegenstände werden grundsätzlich mit den Nennwerten ausgewiesen.
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	Rechnungsabgrenzungsposten enthalten unter anderem Agio- und Disagiobeträge, die über die Laufzeit der zugrunde liegenden Kapitalanlagen ertragswirksam aufgelöst werden.
<b>Sicherheitsrücklage</b>	Die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung hat aufgrund von Art. 14 VersoG eine Sicherheitsrücklage gebildet. Diese dient der Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versorgungsverhältnissen. Die Mindestzuführung zur Sicherheitsrücklage ist in § 8 der Durchführungsverordnung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (DVVersoG) geregelt.
<b>Versicherungstechnische Rückstellungen</b>	<p>Die Deckungsrückstellung wird nach dem versicherungsmathematischen Geschäftsplan errechnet, wobei die Verlängerung der Lebenserwartung im Rahmen einer stufenweisen Anpassung der biometrischen Rechnungsgrundlagen berücksichtigt wird. Als Grundlage hierfür, insbesondere für die Zunahme der Lebenserwartung, dienen die Richttafeln 2006 G der ABV und eigene Beobachtungen.</p> <p>Die am Bilanzstichtag laufenden Versorgungsleistungen in ihrer ab 31. Dezember 2014 erreichten Höhe und die bis zu diesem Zeitpunkt erworbenen Anwartschaften der aktiven Mitglieder werden nach den einzelnen Lebensaltern aufgeteilt und mit den geschäftsplanmäßigen Barwerten bewertet. Der Rechnungszins für die Anwartschaften, die vor dem 1. Januar 2005 entstanden sind, beträgt 4 %, für die Anwartschaften, die ab dem 1. Januar 2005 entstanden sind, 3,25 % und für Anwartschaften, die ab dem 1. Januar 2010 entstanden sind, 2,50 %. Außerdem enthält die Deckungsrückstellung eine Rückstellung für Zins, mit der dem Zinsrisiko aus den Anrechten mit einem Rechnungszins von 4 % und 3,25 % begegnet werden soll. Seit dem Geschäftsjahr 2010 sind geschäftsplanmäßig jährlich Zuführungen zu dieser Rückstellung vorzunehmen.</p> <p>Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Die eingetretenen, aber noch nicht bekannten, Fälle werden versicherungsmathematisch geschätzt. Eingetretene und bekannte, aber noch nicht regulierte, Versicherungsfälle werden in einer Einzelfallbetrachtung bewertet.</p> <p>Die Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen enthält die für Leistungsverbesserungen thesaurierten Mittel. Sie wird aus dem Jahresrohüberschuss dotiert und verringert sich, wenn Mittel zur Finanzierung von Leistungsverbesserungen entnommen werden.</p>
<b>Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft und andere Verbindlichkeiten</b>	Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft und andere Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag bewertet.
<b>Nichtversicherungstechnische Rückstellungen</b>	<p>Die Pensionsrückstellungen und Beihilferückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 2,75 % berechnet. Rückstellungen für Verpflichtungen aus Alterszeitvereinbarungen werden mit dem Barwert der Verpflichtung mit einem Rechnungszinsfuß von 2,75 % angesetzt.</p> <p>Die übrigen Rückstellungen sind in Höhe der zu erwartenden Ausgaben gebildet.</p>

## 2. Erläuterungen zur Bilanz

### Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A. und B. im Geschäftsjahr 2014

	Bilanzwerte Vorjahr Euro	Zugänge Euro	Umbu- chungen Euro	Abgänge Euro	Zuschrei- bungen Euro	Abschrei- bungen Euro	Bilanzwerte Geschäftsjahr Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.424.797	18.507	-	-	-	572.634	870.670
B. Kapitalanlagen							
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	214.192.581	38.253.320	-	-	-	3.527.925	248.917.976
B.II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.536.679.489	473.948.658	-	-	-	-	2.010.628.147
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	30.595.510	-	-	-	-	-	30.595.510
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenforderungen	49.500.000	56.835.245	-	-	-	-	106.335.245
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	1.924.200.000	68.000.000	-	92.000.000	-	-	1.900.200.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.225.000.000	41.000.000	-	81.000.000	-	-	1.185.000.000
5. Einlagen bei Kreditinstituten	5.600.000	-	-	5.600.000	-	-	-
6. Summe B.II.	4.771.574.999	639.783.903	-	178.600.000	-	-	5.232.758.902
Summe B.	4.985.767.580	678.037.223	-	178.600.000	-	3.527.925	5.481.676.878
Insgesamt	4.987.192.377	678.055.730	-	178.600.000	-	4.100.559	5.482.547.548

Der Zeitwert der zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls abzüglich von Abschreibungen bilanzierten Kapitalanlagen beträgt bei den Grundstücken 271,08 Mio. € und bei den sonstigen Kapitalanlagen insgesamt 5.899,17 Mio. €.

**zu A.  
Immaterielle Vermö-  
gensgegenstände –  
sonstige**

Es handelt sich um gekaufte Software in Miteigentum mit anderen Versorgungseinrichtungen der Bayerischen Versorgungskammer.

**zu B.  
Kapitalanlagen**

**B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken**

Der Grundbesitz setzte sich am Bilanzstichtag aus vier Grundstücken mit Wohnbauten, drei Grundstücken mit Geschäftsbauten, einem gemischt genutzten Grundstück sowie zwei Grundstücken mit unfertigen Bauten zusammen. Der Hausbesitz der Anstalt umfasste zum Jahresende 378 Wohnungen, 130 Mieteinheiten für gewerbliche Nutzungen sowie 725 Kfz-Abstellplätze.

Das Objekt Beuth-Höfe in Berlin wurde fertiggestellt. Dadurch ergab sich bei den Wohnbauten ein Zugang in Höhe von 36.392.920 €.

Mit einem Buchwert von 15.433.271 € und einem Marktwert von 14.540.000 € ergaben sich stille Lasten in Höhe von 893.271 €. Gemäß dem gemilderten Niederwertprinzip sind auf Immobilien bei dauerhafter Wertminderung Abschreibungen vorzunehmen (§ 253 Abs. 3 Satz 3 HGB). Diese liegen vor, wenn der Buchwert erheblich (> 20 %) vom Verkehrswert abweicht und nicht mittelfristig durch die planmäßigen Abschreibungen wieder erreicht wird.

Da es im direkt gehaltenen Immobilienbestand der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung zum 31. Dezember 2014 keine Wirtschaftseinheiten mit erheblichen Abweichungen größer - 20 % gibt, waren keine außerplanmäßigen Abschreibungen erforderlich. Bei den bestehenden Wertminderungen kann davon ausgegangen werden, dass diese mittelfristig durch die laufende Abschreibung wieder aufgeholt werden.

**B. II. 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen**

Der Zugang in Höhe von 56.835.245 € betrifft das Hypothekendarlehen Leipziger Platz, Berlin.

**zu C.  
Forderungen**

**C. I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer**

Dieser Posten umfasst nahezu ausschließlich Beitragsforderungen gegenüber Mitgliedern.

Gemessen am Beitragsaufkommen ist der Außenstandssatz von 4,2 % im Vorjahr auf 4,3 % in 2014 gestiegen.

**C. II. Sonstige Forderungen**

Bei dem ausgewiesenen Betrag handelt es sich hauptsächlich um Forderungen gegenüber dem Cash-Pool (11.879.361 €) und um Forderungen aus dem Haus- und Grundbesitz (4.024.438 €).

**zu D.  
Sonstige Vermögensgegenstände**

**D. I. Sachanlagen und Vorräte**

Der Posten enthält im Wesentlichen die in Miteigentum mit anderen Versorgungseinrichtungen der Bayerischen Versorgungskammer stehende Betriebs- und Geschäftsausstattung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung.

**D. III. Andere Vermögensgegenstände**

Bei dem ausgewiesenen Betrag handelt es sich hauptsächlich um Vorauszahlungen von Versorgungsleistungen (2.986.036 €).

**zu E.  
Rechnungsab-  
grenzungsposten**

**E. I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten**

Die ausgewiesenen Forderungen beinhalten ausschließlich Zinsforderungen, die anteilig abgegrenzt wurden und im folgenden Geschäftsjahr zur Zahlung fällig werden.

**E. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten**

In diesem Posten sind im Wesentlichen der Agio-Bestand aus Namensschuldverschreibungen (3.454.790 €) sowie aus Schuldscheinforderungen und Darlehen (4.825.303 €) enthalten.

**Passiva**

**zu A.  
Eigenkapital -  
Sicherheitsrücklage**

Die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung bildet aufgrund Art. 14 VersoG eine Sicherheitsrücklage. Zur Zuführung siehe GuV-Posten II. 8.

**zu B.  
Versicherungs-  
technische  
Rückstellungen**

	2014 €	2013 €	Veränderung €
I. Deckungsrückstellung	5.516.770.493	5.042.148.098	474.622.395
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	3.623.219	3.287.503	335.716
III. Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen	37.125.981	31.664.341	5.461.640
Insgesamt	5.557.519.693	5.077.099.942	480.419.751

Die Deckungsrückstellung wird nach dem versicherungsmathematischen Geschäftsplan aus den Rückstellungen für die zum Bilanzstichtag bestehenden Anwartschaften und Verpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern (einschließlich Hinterbliebene), aus der Rückstellung für Zins und aus der Rückstellung für Biometrie gebildet.

Die Rückstellung für Zins als Teil der Deckungsrückstellung, mit der dem Zinsrisiko aus den Anrechten mit einem Rechnungszins von 4 % und 3,25 % begegnet werden soll, erhöhte sich geschäftsplanmäßig auf 122.753.838 € (Vorjahr: 108.230.580 €).

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erhöhte sich auf 3.623.219 € (Vorjahr: 3.287.503 €).

Die Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen (RkL) gliedert sich in zwei Teile. Die gebundene RkL in Höhe von 10.412.059 € enthält den Teil, der auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugewiesene Überschussanteile entfällt. Das ist der Aufwand für die Dynamisierung der Anwartschaften zum 1. Januar 2015. Der freie Teil der RkL (26.713.922 €) enthält den Teil des Rohüberschusses, der für künftige Leistungsverbesserungen zur Verfügung steht, über dessen Verwendung aber noch nicht entschieden wurde.

**zu C.  
Andere  
Rückstellungen**

**C. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**

Die Rückstellungen werden für Beamte bzw. ehemalige Beamte sowie deren Hinterbliebenen aufgrund beamtenrechtlicher Vorschriften gebildet.

**C. II. Sonstige Rückstellungen**

	2014 €	2013 €	Veränderung €
Beihilfe	717.046	699.556	17.490
Urlaubsverpflichtungen	139.070	146.329	- 7.259
Jahresabschlusskosten	109.163	106.335	2.828
Haus- und Grundbesitz	69.645	48.012	21.633
Überstunden	68.994	80.877	- 11.883
Belegaufbewahrung	65.116	52.001	13.115
Altersteilzeit	9.667	29.551	- 19.884
sonstige Rückstellungen übrige	11.831	11.224	607
Insgesamt	1.190.532	1.173.885	16.647

**zu D.  
Andere  
Verbindlichkeiten**

**D. I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern**

Die Verbindlichkeiten beruhen überwiegend auf Beitragsüberzahlungen, die nach dem Bilanzstichtag ausgeglichen werden.

**D. II. Sonstige Verbindlichkeiten**

Der größte Teil des Bilanzpostens entfällt auf Verbindlichkeiten aus dem Haus- und Grundbesitz (4.118.529 €).

**zu E.  
Rechnungsabgrenzungsposten**

Dieser Posten enthält im Wesentlichen die Disagio-Bestände aus Namensschuldverschreibungen (371.183 €) sowie eine abgegrenzte Schadensersatzzahlung aus dem Bereich der Immobilienverwaltung (91.763 €).

### 3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

#### zu I. 1. Verdiente Beiträge – gebuchte Beiträge

	2014 €	2013 €
Beiträge	326.556.038	306.595.470
Abschreibungen	- 2.360.981	- 1.645.709
Veränderung der Wertberichtigungen	198.812	109.131
Insgesamt	324.393.869	305.058.892

Das Beitragswachstum (6,3 %) resultiert zum einen aus dem Anstieg der Mitgliederzahlen sowie der Beitragsbemessungsgrenze, zum anderen aus einer überproportionalen Zunahme der freiwilligen Mehrzahlungen. Im Berichtsjahr haben sich die freiwilligen Mehrzahlungen um 5,5 Mio. € (26,2 %) auf 26,6 Mio. € erhöht, was auch auf die Einführung des neuen Finanzierungssystems zum 1. Januar 2015 zurückzuführen sein dürfte.

Ein weiterer Grund für das Beitragswachstum liegt darin, dass die Beiträge bei Syndikusanwälten seit neuer Rechtsprechung im April 2014 sofort erhoben werden und – bei offenen Anträgen auf Befreiung von der Versicherungspflicht – auch nacherhoben wurden; vorher wurden die Beiträge erst erhoben, wenn die Entscheidungen über die Befreiungsanträge vorlagen.

#### zu I. 2. Beiträge aus der Rückstellung für künftige Leistungs- verbesserungen

Für die Dynamisierung zum 1. Januar 2014 wurden der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen im Bilanzjahr 7.998.361 € entnommen. Der Aufwand für die Dynamisierung zum 1. Januar 2015 ist in der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen gebunden (siehe Passiva B. Versicherungstechnische Rückstellungen).

#### zu I. 3. Erträge aus Kapitalanlagen

	2014 €	2013 €
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) aus Grundstücken	12.506.611	11.239.425
bb) aus anderen Kapitalanlagen		
- aus Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	2.152.967	767.162
- aus Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	123.136.805	121.703.739
- aus Wertpapieren und Anteilen	65.985.732	42.334.324
- aus Festgeldern, Termingeldern und Spareinlagen bei Kreditinstituten	52.481	13.561
	203.834.596	176.058.211
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		
- Masterdachfonds	-	11.761.202
	-	11.761.202
Insgesamt	203.834.596	187.819.413

**zu I. 5.  
Aufwendungen für  
Versicherungsfälle  
(einschließlich  
Regulierungs-  
aufwendungen)**

Leistungsart	2014 €	2013 €
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		
Altersruhegeld	25.588.334	22.389.188
Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit	3.599.067	3.350.255
Witwen- und Witwergeld	3.383.799	3.034.971
Waisengeld	481.911	446.242
Summe laufende Versorgungsleistungen	33.053.111	29.220.656
Abfindungen	141.834	40.194
Sterbegeld	57.738	56.510
Versorgungsausgleich	184.792	167.711
aufgeschobenes Altersruhegeld	329.312	227.152
Einnahmen aus Regressen	- 260.354	- 458.414
Beitragsüberleitungen	585.545	637.149
Reha-Leistungen	501	3.082
Regulierungsaufwand	522.560	549.494
Summe Zahlungen für Versicherungsfälle	34.615.039	30.443.534
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	335.716	784.604
Insgesamt	34.950.755	31.228.138

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erhöhte sich um 335.716 € auf 3.623.219 €.

**zu I. 6.  
Veränderung der  
übrigen versiche-  
rungstechnischen  
Netto-Rückstellun-  
gen – Deckungsrück-  
stellung**

Der ausgewiesene Erhöhungsbetrag entspricht dem Anwachsen der laufenden Leistungsverpflichtungen und der Anwartschaften.

**zu I. 7.  
Aufwendungen für  
künftige Leistungs-  
verbesserungen**

Zu Lasten des Jahresergebnisses wurden 13.460.000 € der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen zugeführt.

**zu I. 8.  
Aufwendungen für  
den Versicherungs-  
betrieb**

Dieser Aufwandsposten stellt den Hauptteil der gesamten persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten dar. Weitere Verwaltungskosten sind in den GuV-Posten Nrn. I. 5. a) und I. 9. a) enthalten.

**zu I. 9.  
Aufwendungen für  
Kapitalanlagen**

**a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen**

An Kosten für die Verwaltung der Kapitalanlagen sind 1.502.438 €, an Betriebskosten, Erhaltungsaufwand und sonstigen Kosten für den Grundbesitz 1.225.735 € angefallen.

**b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen**

Es handelt sich um planmäßige Abschreibungen auf den Grundbesitz in Höhe von 3.527.925 € (Vorjahr: 3.237.819 €). Abschreibungen auf Wertpapiere mussten nicht vorgenommen werden (Vorjahr: 0 €).

**c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen**

Es fielen keine Verluste aus dem Abgang an (Vorjahr: 0 €).

**zu II. 1.  
Sonstige Erträge**

In diesem Posten sind im Wesentlichen Zinserträge aus dem Cash-Pool (95.567 €) sowie die Erträge aus den erbrachten Kapitalanlagendienstleistungen für das Versorgungswerk der Steuerberater/Steuerberaterinnen und Wirtschaftsprüfer/Wirtschaftsprüferinnen im Saarland (57.816 €) enthalten.

**zu II. 2.  
Sonstige  
Aufwendungen**

	2014 €	2013 €
Pensions- und Beihilfeaufwendungen	244.937	248.152
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	163.874	147.877
Verbandsmitgliedsbeitrag	102.593	98.566
Beratungskosten	88.709	83.936
Ausgleichszahlung an BApV für oDPV	36.583	-
Kosten des Jahresabschlusses	32.507	31.940
Aufwandsentschädigungen	30.293	16.828
Ausschüsse	27.879	27.894
Versicherungsaufsichtsgebühren	26.488	21.331
Kooperationspartner Kapitalanlage	21.566	23.056
Zuführung zu den nichtversicherungstechnischen Rückstellungen	16.704	39.041
Bewertungskosten	6.539	7.821
Sonstige	10.717	12.071
<b>Insgesamt</b>	<b>809.389</b>	<b>758.513</b>

**zu II. 4.  
Steuern vom Einkommen und Ertrag**

Der Posten enthält im Wesentlichen die auf Dividendenerträge einbehaltene Kapitalertragsteuer.

**zu II. 5.  
Sonstige Steuern**

Hierbei handelt es sich ausschließlich um die Grundsteuer für den Haus- und Grundbesitz der Anstalt.

**zu II. 8.  
Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Sicherheitsrücklage**

Der Jahresüberschuss in Höhe von 1.346.000 € wurde vollständig der Sicherheitsrücklage zugeführt. Die Zuführung entspricht der Mindestzuführung nach § 8 der Durchführungsverordnung zum Versorgungsgesetz.

## 4. Sonstige Angaben

### Persönliche Aufwendungen

	2014 €	2013 €
1. Löhne und Gehälter	3.740.762	3.426.972
2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	598.910	645.326
3. Aufwendungen für Altersversorgung	234.046	634.289
Aufwendungen insgesamt	4.573.718	4.706.587

### Bezüge der Organe

Die Organe der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung sind auf Seite 53 ff. aufgeführt.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands der Bayerischen Versorgungskammer richtet sich nach Dienstverträgen in Anlehnung an das bayerische Beamtenbesoldungsrecht, die Bezüge der Beamten nach den besoldungsrechtlichen Vorschriften, die Vergütung der Angestellten nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder. Die Versorgungsbezüge der früheren Vorstandsmitglieder entsprechen den Regelungen des bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind ehrenamtlich tätig (vgl. Erläuterung zu GuV Posten Nr. II. 2. Sonstige Aufwendungen, Seite 44 des Geschäftsberichts).

### Mitarbeiterkennzahlen

Die Geschäftsführung der Bayerischen Versorgungskammer erfolgt gem. Art. 6 Abs. 2 Satz 1 VersoG im organisatorischen, sächlichen und personellen Verwaltungsverbund; dementsprechend sind die bei der Bayerischen Versorgungskammer tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Arbeitnehmer aller von der Bayerischen Versorgungskammer verwalteten Versorgungseinrichtungen. Die beamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Beamte des Freistaats Bayern.

Die für die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung anzugebende durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter berücksichtigt zum einen die ausschließlich ihr zurechenbaren Beschäftigten und zum anderen den aus der Kostenverteilung rechnerisch abgeleiteten Anteil der für mehrere Versorgungseinrichtungen tätigen Beschäftigten.

### Mitarbeiter mit Vergütung

Die Kennzahl wurde unter Berücksichtigung der aufgrund Altersteilzeitvereinbarung freigestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Durchschnitt der Quartalsstichtage ermittelt.

	2014	2013
Beschäftigte (Beamte und Arbeitnehmer)	79	79
davon befristet Beschäftigte	2	1
davon Teilzeitbeschäftigte	27	26

### Mitarbeiter nach Kapazität

	2014	2013
Mitarbeiter nach Kapazitäten	68	68

Tarifvertraglich bedingt sind 40,1 Wochenstunden Basis der Berechnung.

Der Vorstand dankt allen mit der Tätigkeit der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung befassten Stellen und Gremien für die Unterstützung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die von ihnen geleistete Arbeit.

München, den 14. Juli 2015

Bayerische Versorgungskammer  
Der Vorstand



Daniel Just



Ulrich Böger



Reinhard Dehlinger



Reinhard Graf



André Heimrich

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, die gemäß Art. 12 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) in der am 1. Juni 2007 geltenden Fassung anzuwenden sind, liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben

beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 28. Juli 2015

PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Frank Trauschke  
Wirtschaftsprüfer

ppa. Jörg Brunner  
Wirtschaftsprüfer



## **BERICHT DES VERWALTUNGSRATS**

## D. BERICHT DES VERWALTUNGSRATS

### 1. Tätigkeit des Verwaltungsrats

Im Geschäftsjahr 2014 fanden ein Arbeitstreffen und eine Sitzung des Verwaltungsrats statt.

#### Arbeitstreffen am 28. April 2014:

Der Verwaltungsrat diskutierte umfassend die Handlungsoptionen zur Bewältigung des niedrigen Zinsniveaus.

#### Sitzung am 20. Oktober 2014:

Der Verwaltungsrat nahm folgende Berichte zustimmend zur Kenntnis:

- Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses über die Tätigkeit des Gremiums,
- Bericht der Geschäftsführung über das Geschäftsjahr und den Jahresabschluss,
- Bericht des Verantwortlichen Aktuars zur versicherungstechnischen Lage,
- Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über das Prüfergebnis,
- Bericht der Geschäftsführung zur Kapitalanlage und zur strategischen Kapitalanlageplanung,
- Bericht des Verantwortlichen Aktuars über das umfassende versicherungsmathematische Gutachten,
- Bericht der Geschäftsführung über die Wirtschaftsplanung 2015,
- Bericht aus Kammerrat, Vorstand und Verwaltung.

Er fasste im Wesentlichen folgende Beschlüsse:

- zum Jahresabschluss und Lagebericht:
  - „1. Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013 und der Lagebericht sind durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, München, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Dem Ergebnis dieser Prüfung stimmt der Verwaltungsrat zu.
  2. Der Verwaltungsrat billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Geschäftsführung. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.
  3. Der Geschäftsführung wird Entlastung erteilt.
  4. Der Verwaltungsrat stimmt der Übernahme des Textteils „D. Bericht des Verwaltungsrats“ in den Geschäftsbericht (Druckbericht) 2013 zu.“

- zur Änderung der Satzung (Erweiterung des Finanzierungssystems um Elemente des offenen Deckungsplanverfahrens):

„Der Verwaltungsrat beschließt die 12. Satzung zur Änderung der Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 6. Dezember 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 22. November 2012, in der Fassung der Anlage 3 / TOP 4 zum Vorbericht der Verwaltungsratssitzung am 20. Oktober 2014 mit folgender Maßgabe:

§ 32 Abs. 6 Satz 1 lautet:

1Der Verwaltungsrat legt den Rentenbemessungsfaktor unter Berücksichtigung des Satzes 4 und des Absatzes 11 auf Vorschlag der Versorgungskammer jährlich für das Folgejahr so fest, dass in der versicherungstechnischen Bilanz des Vorjahres kein Fehlbetrag entsteht.“

- zur Dynamisierung:
 

„Zum 1. Januar 2015 werden die erworbenen Anwartschaften des Anwartschaftsverbands 3 (Anwartschaften aus der Verrentungstabelle mit 2,5 % Rechnungszins) um 0,75 % erhöht.“
- zur Wirtschaftsplanung:
 

„Der Verwaltungsrat stimmt der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2015 zu.“

## 2. Tätigkeit des Verwaltungsausschusses

Im Geschäftsjahr 2014 fanden ein Arbeitstreffen und zwei Sitzungen des Verwaltungsausschusses statt.

### Arbeitstreffen am 17. März 2014:

Der Verwaltungsausschuss befasste sich vorberatend mit den Handlungsoptionen zur Bewältigung des niedrigen Zinsniveaus.

### Sitzung am 31. März 2014:

Der Verwaltungsausschuss unterrichtete sich in der März-sitzung durch die Entgegennahme von Berichten über:

- das vorläufige Kapitalanlageergebnis 2013, die Kapitalanlage 2014 sowie das Immobiliengeschäft,
- die Tätigkeitsschwerpunkte in Kammerrat und Verwaltung,
- den Sachstand nach Inkrafttreten des Staatsvertrags zur Einbeziehung der Patentanwälte aus Nordrhein-Westfalen in das Versorgungswerk,
- die beiden Normenkontrollklagen zur 9. Änderungs-satzung („Rente mit 67“),
- die Neuerungen beim Befreiungsrecht.

Der Verwaltungsausschuss stimmte außerdem dem Erwerb eines Immobilienprojekts (Wohnungsneubau) in Potsdam, Mies-van-der-Rohe-Straße zu und setzte die Beratungen zu den Handlungsoptionen zur Bewältigung des niedrigen Zinsniveaus fort.

### Sitzung am 15. September 2014:

Die Septembersitzung diente im Wesentlichen der Vorbereitung der Verwaltungsratssitzung am 20. Oktober 2014.

## 3. Beschluss über Lagebericht und Jahresabschluss sowie Entlastung der Geschäftsführung

Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014 und der Lagebericht sind durch die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Dem Ergebnis dieser Prüfung stimmt der Verwaltungsrat zu.

Der Verwaltungsrat billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Geschäftsführung. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

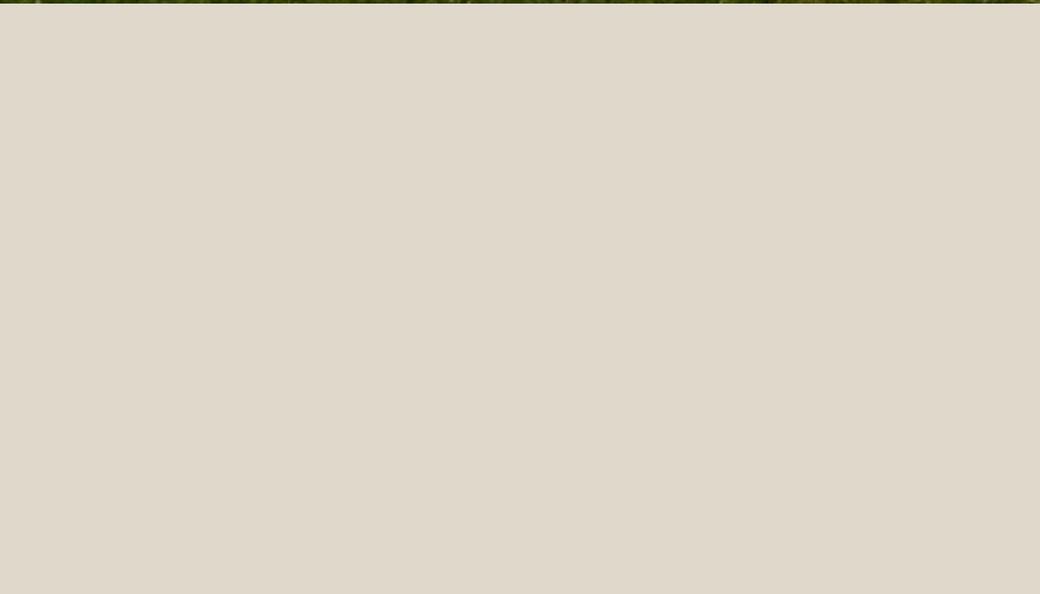
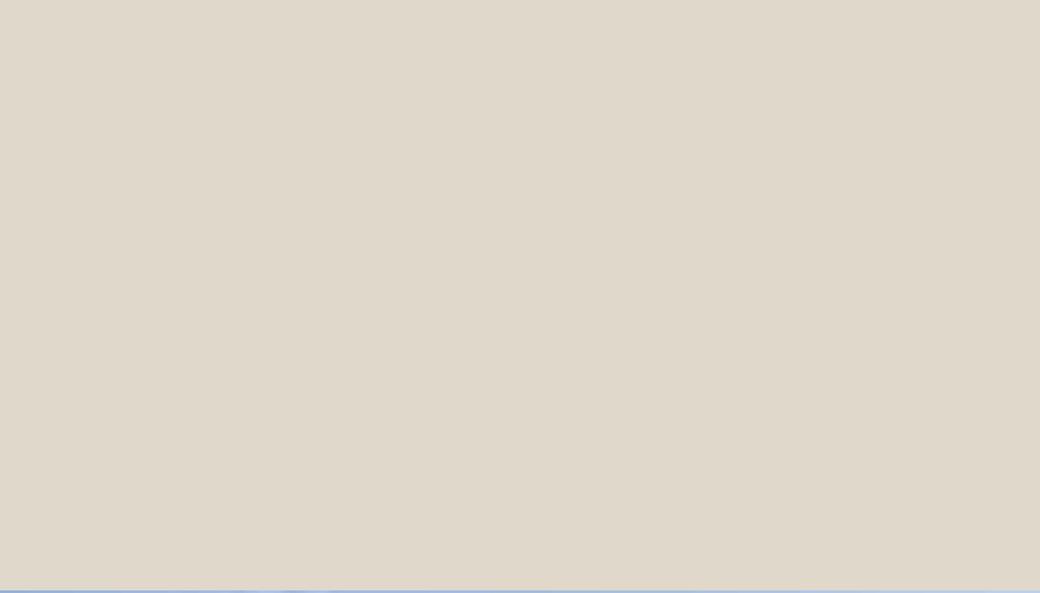
Der Geschäftsführung wird Entlastung erteilt.

München, den 26. Oktober 2015

Der Verwaltungsrat



Harald Ochsner  
Vorsitzender des  
Verwaltungsrats



## **ORGANE UND GREMIEN**

## E. ORGANE UND GREMIEN

Die 2012 erstmals von der BVK angebotenen Schulungen für Gremienmitglieder wurden 2014 erfolgreich fortgesetzt. Die rege Nachfrage und das äußerst positive Feedback bestätigen sowohl das Konzept als auch die Inhalte des Fortbildungsangebots.

Für neue Mitglieder ist dies eine gern genutzte Option, sich umfassendes Wissen zu erwerben. Langjährig aktive Mitglieder schätzen das Angebot, um ihre Kenntnisse zu vertiefen.

### Verwaltungsrat

(Amtsperiode 2013 bis 2016)

Mitglieder		Stellvertreter (in Reihenfolge)
Rechtsanwaltskammer für den Oberlandesgerichtsbezirk München		
Angelica von der Decken München		Dr. Torsten Schäfer, LL.M. München
Karl W. Fricke Rosenheim		Dr. Josef Zanker Augsburg
Dr. Jan Peter Heck München		Florian Liebl, LL.M. München
Ottheinz Kääb, LL.M. München	- Vorsitzender - (bis 31.12.2014) - 1. stellv. Vorsitzender - (ab 26.10.2015)	Raimund Volpert München
Stephan Kopp Ebenhausen		Axel Kiener München
Harald Ochsner Augsburg	- 1. stellv. Vorsitzender - (bis 26.10.2015) - Vorsitzender - (ab 26.10.2015)	
Dr. Stefan Schweyer München		
Harald Seiler Landshut		
Michael Then München		
Rechtsanwaltskammer Nürnberg		
Stefanie Haizmann Regensburg		Wolfgang Herdegen <sup>†</sup> (bis 24.12.2014) Amberg
Heinz Plötz Regensburg		Christine Schenk Fürth
Rainer Prager Nürnberg		Dr. Sigurd Schacht Gunzenhausen
Katja Popp Nürnberg		
Robert Messerer Regensburg		

Mitglieder	Stellvertreter (in Reihenfolge)
<b>Rechtsanwaltskammer für den Oberlandesgerichtsbezirk Bamberg</b>	
Thomas Ebersberger Bayreuth	Udo Kießwetter Bamberg
Thomas Figge Schwarzenbach / Saale	Rainer Riegler Bamberg
Ulrike Jäger Karlstadt	Christina Glück Würzburg
Georg Winkler Bamberg	
<b>Steuerberaterkammer München</b>	
Robert Fahn München	- 2. stellv. Vorsitzender - Reinhard Schmid München
Paul Kokott Burghausen	Peter Nöscher Dorfen
Katrina Hansen München	Dr. Hartmut Schwab Augsburg
<b>Steuerberaterkammer Nürnberg</b>	
Ernst Rabenstein Heilsbronn	Dr. Jutta Fischer-Neuner Nürnberg
Michael Schärtl Schnaittenbach	Johann C. Köber Uehlfeld
Andreas Roos Hösbach	Bernd Peter Rödel Kemnath
<b>Patentanwaltskammer</b>	
Dr. Günter Keller München	Dr. Brigitte Böhm, LL.M. München
	Franz Thomas Kudlek München

## Verwaltungsausschuss

(Amtsperiode 2013 bis 2016)

Mitglieder	Stellvertreter (persönlich zugeordnet)
Robert Fahn München	- Vorsitzender - Paul Kokott Burghausen
Ulrike Jäger Karlstadt	Thomas Ebersberger Bayreuth
Ottheinz Kääb, LL.M. München	- 1. stellv. Vorsitzender - Stephan Kopp Ebenhausen
Dr. Günter Keller München	Dr. Brigitte Böhm, LL.M. München
Harald Ochsner Augsburg	- 2. stellv. Vorsitzender - Dr. Stefan Schweyer München
Rainer Prager Nürnberg	Stefanie Haizmann Regensburg
Ernst Rabenstein Heilsbronn	Michael Schärtl Schnaittenbach

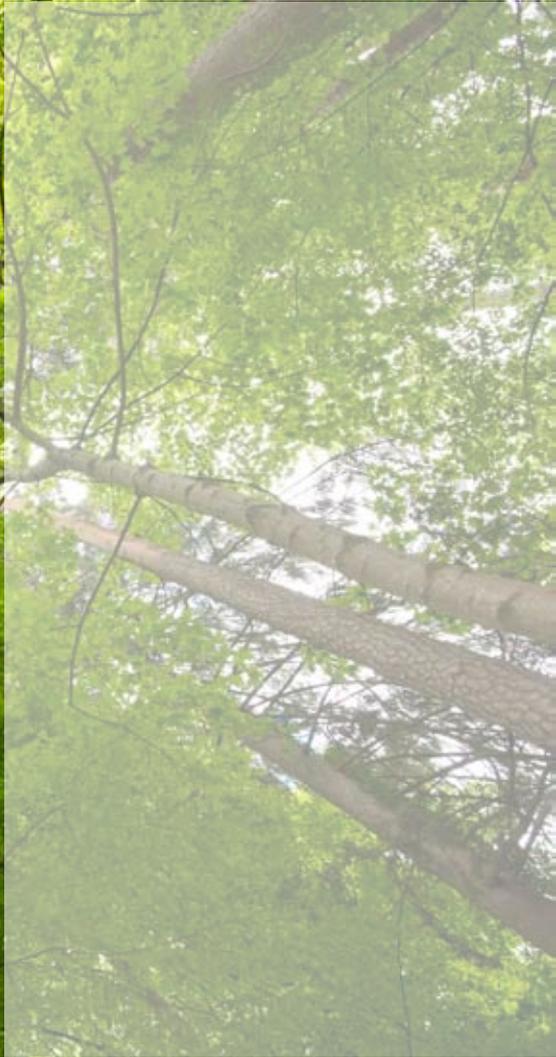
## Bayerische Versorgungskammer

<b>Vorstand</b>	
Daniel Just Gerhard Raukuttis	Vorsitzender des Vorstands Mitglied des Vorstands und stellv. Vorsitzender des Vorstands (bis 31.01.2015)
Ulrich Böger	Stellvertretendes Mitglied des Vorstandes (01.01.2014 bis 31.01.2015) Mitglied des Vorstands und stellv. Vorsitzender des Vorstands (ab 01.02.2015)
Reinhard Dehlinger Reinhard Graf André Heimrich	Mitglied des Vorstands Mitglied des Vorstands Mitglied des Vorstands
<b>Bereich Berufsständisches Versorgungswesen (ohne Ärzteversorgung) und betriebliche Altersversorgung (ohne kommunale und kirchliche Zusatzversorgung)</b>	
Ulrich Böger Ruth Deuter	Bereichsleiter Abteilungsleiterin
<b>Bereich Informationsverarbeitung</b>	
Robert Notz	Bereichsleiter
<b>Bereich Kapitalanlagen</b>	
André Heimrich	Bereichsleiter
<b>Bereich Mathematik</b>	
Helmut Baader	Bereichsleiter und Verantwortlicher Aktuar
<b>Bereich Service</b>	
Werner König	Bereichsleiter

## Kammerrat

(Amtsperiode vom 8. März 2013 bis 7. März 2019)

Mitglieder	Stellvertreter
<b>Bayerische Ärzteversorgung</b>	
Dr. Lothar Wittek - stellv. Vorsitzender -	Dr. Max Kaplan Prof. Dr. Frieder Hessenauer
Dr. Michael Förster	Dr. Florian Kinner Dr. Günter Schneider
Dr. med. vet. Karl Eckart	Dr. Irmgard Rieger Dr. Sabine Schall
<b>Bayerische Apothekerversorgung</b>	
Johannes Metzger - Vorsitzender -	Manfred Saar Dr. Andreas Kiefer
<b>Bayerische Architektenversorgung</b>	
Dipl.-Ing. (FH) Robert Winzinger	Dipl.-Ing. Hartmut Rüdiger Dipl.-Ing. Frank Böhme
<b>Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung</b>	
Harald Ochsner	Paul Kokott Ernst Rabenstein
<b>Bayerische Ingenieurversorgung - Bau mit Psychotherapeutenversorgung</b>	
Prof. Dipl.-Ing. Rolf Sennwald	Dipl.-Ing. Joachim Stübner Dr. phil. Dipl.-Psych. Nikolaus Melcop
<b>Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen</b>	
Hans Herdlein	Rolf Bolwin Jürgen Schitthelm
<b>Versorgungsanstalt der deutschen Kulturorchester</b>	
Rolf Bolwin	Gerald Mertens Andreas Masopust
<b>Versorgungsanstalt der bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger</b>	
Hans-Günther Beyerstedt	Andreas Ehlert Klaus Dank
<b>Versorgungsanstalt der Kaminkehrergesellen mit Pensionskasse des Schornsteinfegerhandwerks</b>	
Sascha Schweizer	David Villmann Torsten Litschke
<b>Bayerischer Versorgungsverband</b>	
Dr. Jürgen Busse	Bernd Buckenhofer Heinz Karg
<b>Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden</b>	
Dr. Armin Augat - stellv. Vorsitzender - Harald Seiter Rudolf Winter Dominik Schirmer	Josef Hasler Markus Loth Norbert Flach Hildegard Schwering Franz Stahl (Mitglieder-Ersatzvertreter) Angelica Hagenstein (Versicherten-Ersatzvertreterin) (bis 21.10.2014) Erich Sczepanski (Versicherten-Ersatzvertreter) (ab 22.10.2014)
<b>Versorgungswerk des Bayerischen Landtags</b>	
Reinhold Bocklet	Inge Aures



## **STATISTISCHE ANGABEN**

## F. STATISTISCHE ANGABEN

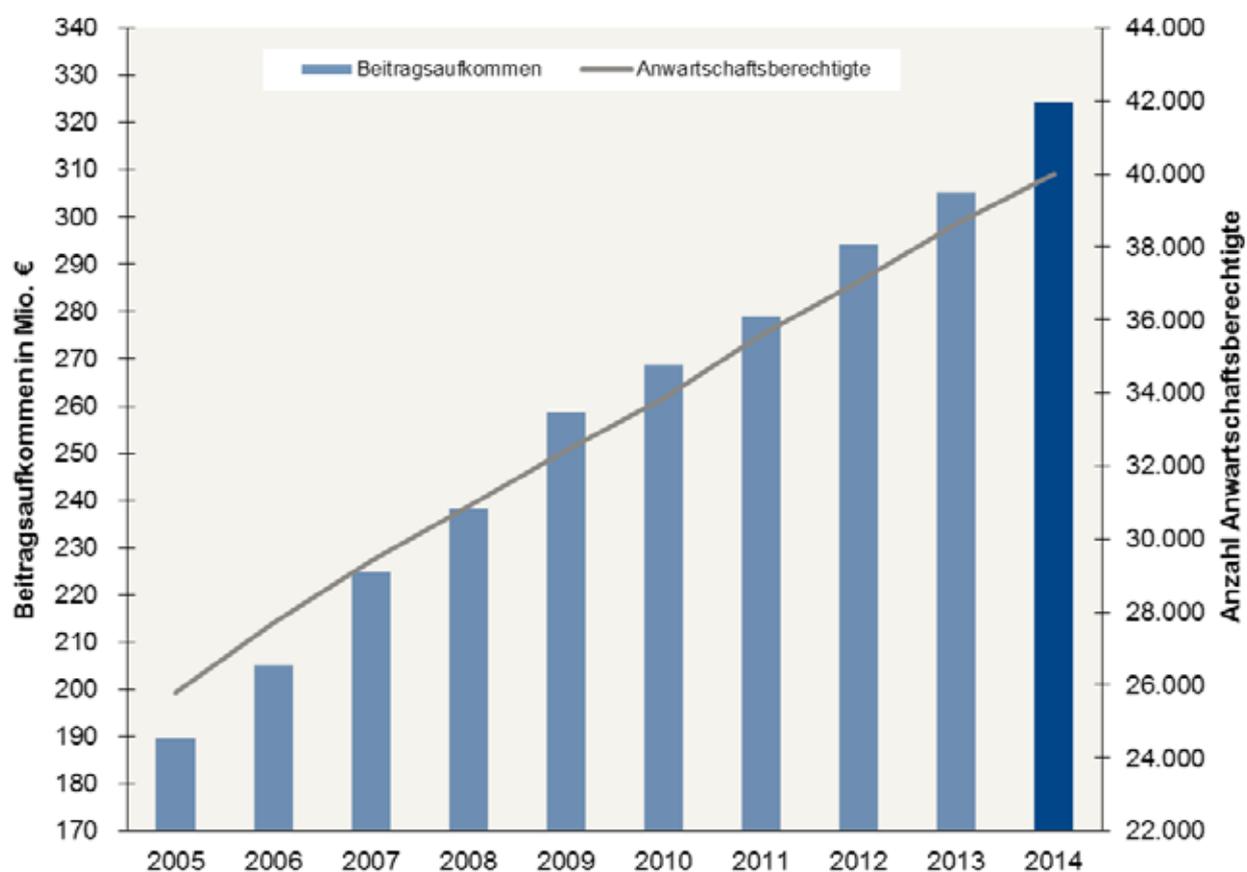
### Anwartschaftsberechtigte

31. Dezember	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
männlich	16.124	17.240	18.130	18.919	19.729	20.389	21.271	21.962	22.727	23.366
weiblich	9.660	10.450	11.258	11.982	12.687	13.450	14.305	15.092	15.919	16.650
<b>Insgesamt</b>	<b>25.784</b>	<b>27.690</b>	<b>29.388</b>	<b>30.901</b>	<b>32.416</b>	<b>33.839</b>	<b>35.576</b>	<b>37.054</b>	<b>38.646</b>	<b>40.016</b>
davon Mitglieder	24.019	25.633	26.845	27.909	29.099	30.067	31.260	32.285	33.360	34.147

### Beitragsaufkommen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Beiträge	180,04	194,01	209,94	222,91	239,16	252,46	261,28	275,58	283,98	297,77
Freiwillige Mehrzahlungen	9,64	11,21	14,75	15,28	19,48	16,11	17,56	18,63	21,08	26,62
<b>Insgesamt</b>	<b>189,68</b>	<b>205,22</b>	<b>224,69</b>	<b>238,19</b>	<b>258,64</b>	<b>268,57</b>	<b>278,84</b>	<b>294,21</b>	<b>305,06</b>	<b>324,39</b>

Beträge in Mio. €



## Aktive Mitglieder nach der Art der Berufsausübung

	Bestand am 31. Dezember 2013		Bestand am 31. Dezember 2014	
	Anzahl	v.H.	Anzahl	v.H.
Selbstständige	15.840	47,5	16.229	47,5
Angestellte	8.203	24,6	8.493	24,9
Selbstständige und Angestellte	8.609	25,8	8.664	25,4
Sonstige (z. B. Beamte)	708	2,1	761	2,2
<b>Insgesamt</b>	<b>33.360</b>	<b>100,0</b>	<b>34.147</b>	<b>100,0</b>

## Aktive Mitglieder nach Kammerzugehörigkeit

	Bestand am 31. Dezember 2013		Bestand am 31. Dezember 2014	
	Anzahl	v.H.	Anzahl	v.H.
Rechtsanwälte	24.967	74,8	25.257	74,0
Steuerberater	6.999	21,0	7.321	21,4
Patentanwälte	1.394	4,2	1.569	4,6
<b>Insgesamt</b>	<b>33.360</b>	<b>100,0</b>	<b>34.147</b>	<b>100,0</b>

## Mitgliederbewegung Aktive Mitglieder

	Bestand am 31. Dezember 2013		Zugang	Abgang	Veränderung		Bestand am 31. Dezember 2014	
	Anzahl	v.H.	Anzahl	Anzahl	Anzahl	v.H.	Anzahl	v.H.
männlich	19.894	59,6	922	526	396	50,3	20.290	59,4
weiblich	13.466	40,4	777	386	391	49,7	13.857	40,6
<b>Insgesamt</b>	<b>33.360</b>	<b>100,0</b>	<b>1.699</b>	<b>912</b>	<b>787</b>	<b>100,0</b>	<b>34.147</b>	<b>100,0</b>

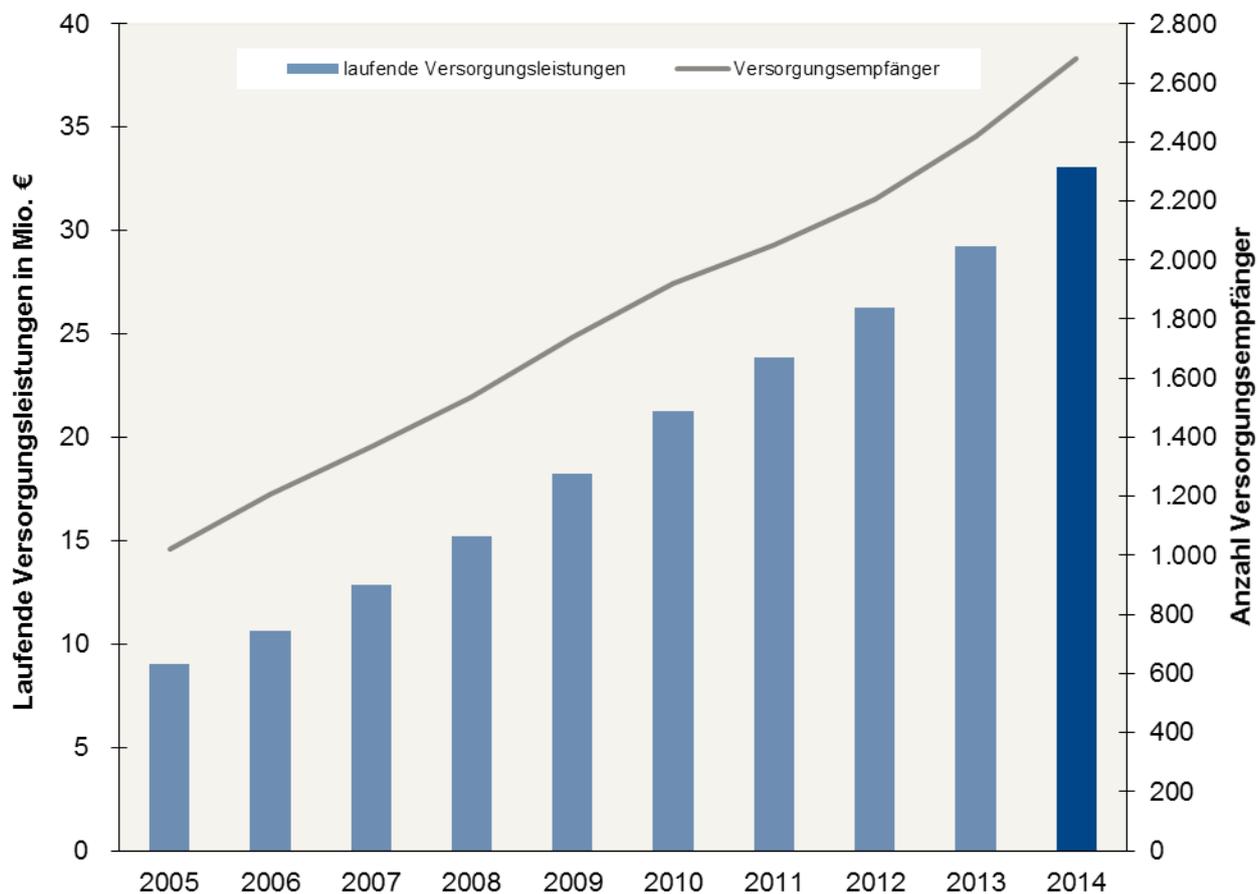
## Versorgungsempfänger

31. Dezember	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Altersrentner	631	773	900	1.031	1.184	1.302	1.381	1.499	1.649	1.836
Berufsunfähigkeitsrentner	111	114	120	129	136	158	183	195	211	231
Witwen und Witwer	158	176	191	219	242	268	297	316	348	376
Waisen	123	143	155	155	176	192	189	197	209	241
<b>Insgesamt</b>	<b>1.023</b>	<b>1.206</b>	<b>1.366</b>	<b>1.534</b>	<b>1.738</b>	<b>1.920</b>	<b>2.050</b>	<b>2.207</b>	<b>2.417</b>	<b>2.684</b>

## Laufende Versorgungsleistungen

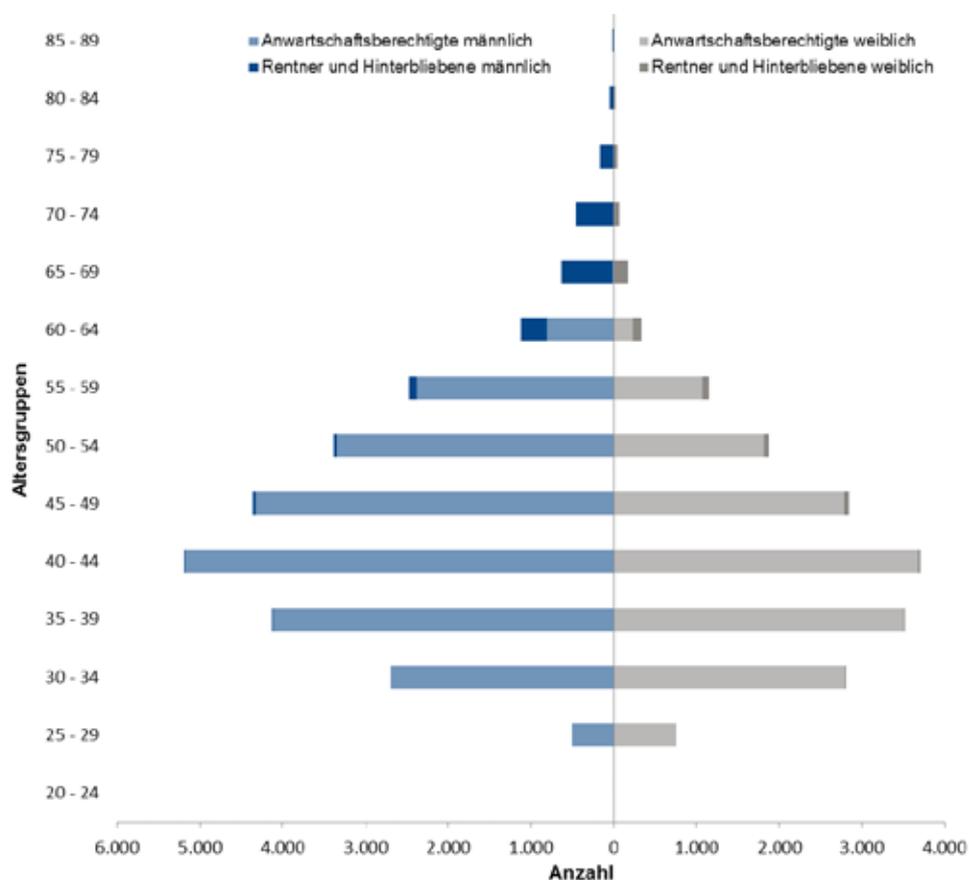
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Altersruhegeld	5,72	6,85	8,84	10,73	13,54	15,83	17,93	19,81	22,39	25,59
Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit	1,84	2,09	2,15	2,35	2,33	2,71	2,93	3,19	3,35	3,60
Witwen- und Witwergeld	1,24	1,42	1,53	1,79	2,00	2,32	2,59	2,82	3,03	3,38
Waisengeld	0,24	0,27	0,31	0,33	0,37	0,42	0,42	0,42	0,45	0,48
<b>Insgesamt</b>	<b>9,04</b>	<b>10,63</b>	<b>12,83</b>	<b>15,20</b>	<b>18,24</b>	<b>21,28</b>	<b>23,87</b>	<b>26,24</b>	<b>29,22</b>	<b>33,05</b>

Beträge in Mio. €



## Altersaufbau des Bestandes am 31. Dezember 2014

Alter	Anwartschaftsberechtigte		Rentner		Witwen/r	
	m	w	m	w	m	w
20 - 24						
25 - 29	499	749				
30 - 34	2.693	2.804		1		1
35 - 39	4.116	3.509	2	3		6
40 - 44	5.171	3.678	10	14	4	14
45 - 49	4.328	2.788	23	21	6	34
50 - 54	3.347	1.820	34	16	7	39
55 - 59	2.386	1.067	78	23	12	62
60 - 64	814	230	305	61	8	46
65 - 69	12	5	608	126	7	46
70 - 74			452	48	2	30
75 - 79			162	12	2	31
80 - 84			45	4		12
85 - 89			18	1		6
90 - 94						1
Insgesamt	23.366	16.650	1.737	330	48	328



## Kapitalanlagen

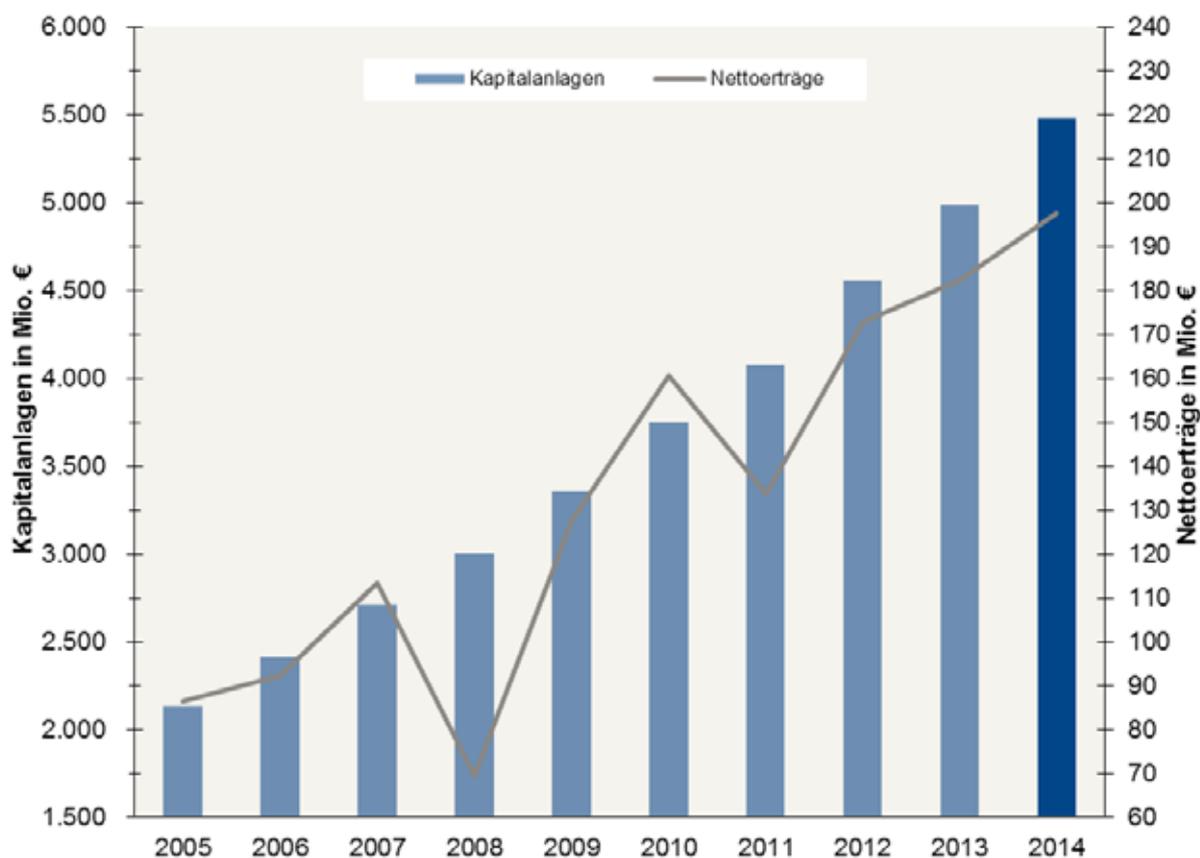
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.836,11	1.956,73	2.151,94	2.305,24	2.517,93	2.500,42	2.625,02	2.833,13	3.198,70	3.191,54
Wertpapiere und Anteile	217,41	360,79	490,29	559,83	700,61	1.018,40	1.289,37	1.520,00	1.567,28	2.041,22
Grundstücke	76,86	76,59	70,15	134,92	133,91	165,17	166,01	207,03	214,19	248,92
Festgelder, Termingelder und Sparguthaben bei Kreditinstituten	0,00	13,40	0,00	0,00	0,50	65,60	0,00	0,00	5,60	0,00
<b>Insgesamt</b>	<b>2.130,38</b>	<b>2.407,51</b>	<b>2.712,38</b>	<b>2.999,99</b>	<b>3.352,95</b>	<b>3.749,59</b>	<b>4.080,40</b>	<b>4.560,16</b>	<b>4.985,77</b>	<b>5.481,68</b>

Beträge in Mio. €

## Nettoerträge aus Kapitalanlagen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Erträge	89,40	94,65	116,32	116,83	135,25	173,18	167,36	179,86	187,82	203,84
Aufwendungen	2,95	2,45	3,04	47,37	7,62	12,45	33,84	7,00	5,58	6,26
<b>Nettoerträge</b>	<b>86,45</b>	<b>92,20</b>	<b>113,28</b>	<b>69,46</b>	<b>127,63</b>	<b>160,73</b>	<b>133,52</b>	<b>172,86</b>	<b>182,24</b>	<b>197,58</b>

Beträge in Mio. €

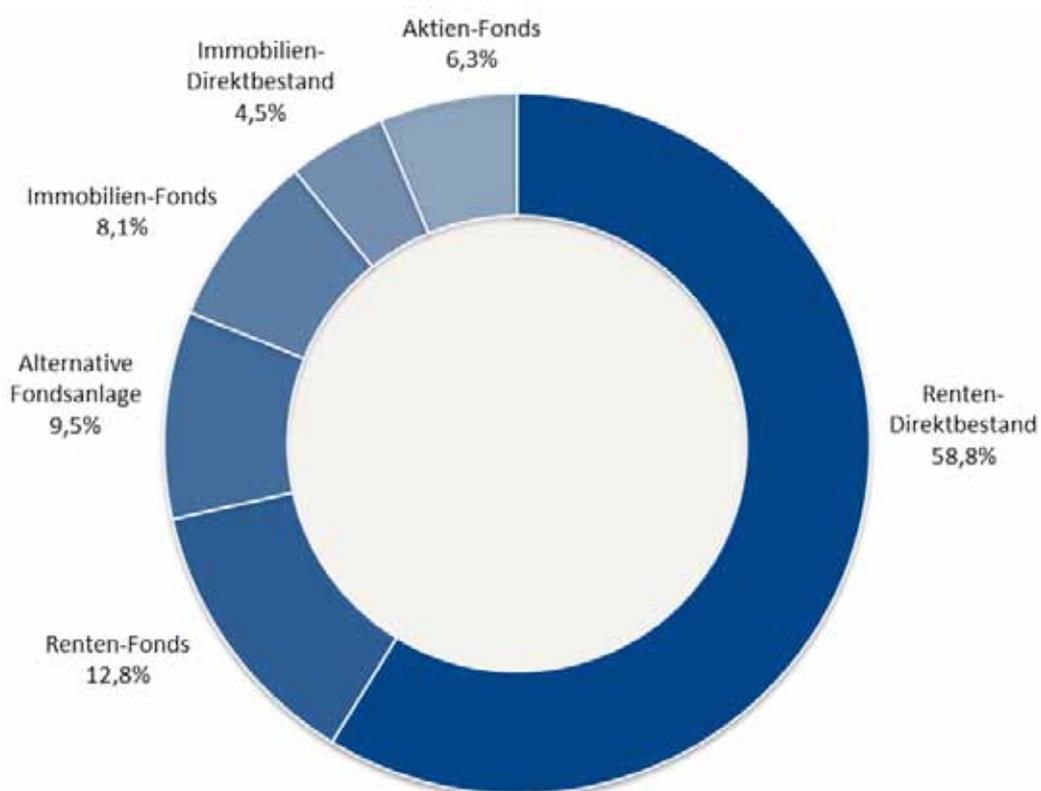


## Bewertungsreserven bei Kapitalanlagen

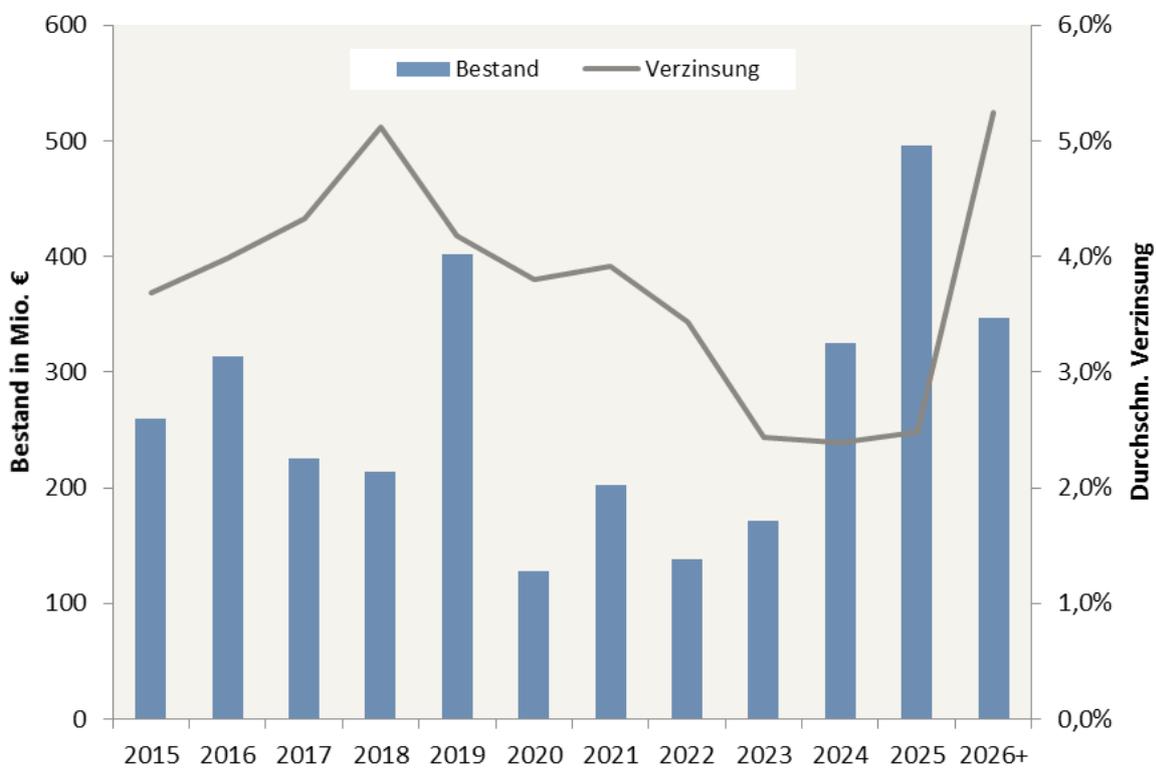
	31. Dezember 2013				31. Dezember 2014			
	Buchwerte	Zeitwerte	Bewertungsreserven		Buchwerte	Zeitwerte	Bewertungsreserven	
	Betrag	Betrag	Betrag	v.H.	Betrag	Betrag	Betrag	v.H.
Namenspapiere inkl. Festgelder	2.873.700	3.122.915	249.215	8,7%	2.804.100	3.177.076	372.976	13,3%
Masterdachfonds	1.536.679	1.633.651	96.971	6,3%	2.010.628	2.125.241	114.613	5,7%
Strukturierte Produkte	281.100	417.541	136.441	48,5%	281.100	437.215	156.115	55,5%
Grundbesitz	214.193	226.265	12.073	5,6%	248.918	271.079	22.161	8,9%
Festverzinsliche Kapitalanlagen	80.096	87.321	7.226	9,0%	136.931	159.636	22.705	16,6%
<b>Gesamt</b>	<b>4.985.768</b>	<b>5.487.693</b>	<b>501.926</b>	<b>10,1%</b>	<b>5.481.677</b>	<b>6.170.247</b>	<b>688.570</b>	<b>12,6%</b>

Beträge in T €

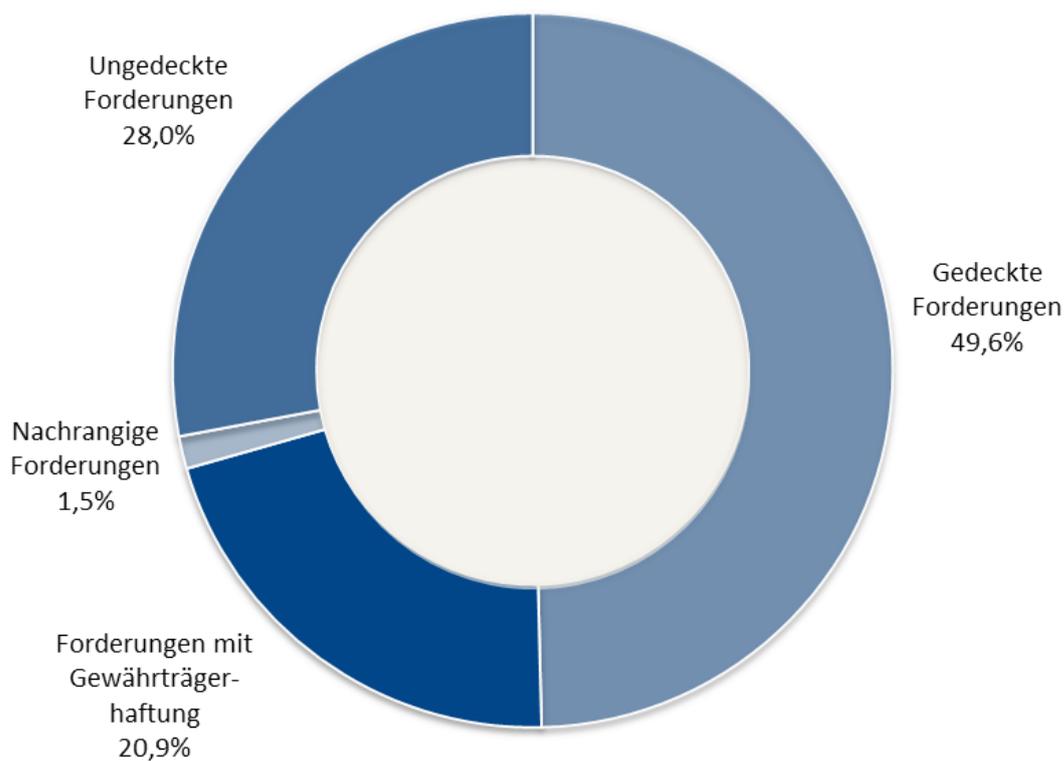
## Zusammensetzung der Kapitalanlagen (in Prozent des Buchwerts)



### Restlaufzeit der Rentenpapiere im Direktbestand nach Jahren mit nominaler Durchschnittsverzinsung



### Sicherung der festverzinslichen Wertpapiere





Bayerische Rechtsanwalts- und  
Steuerberaterversorgung



Bayerische  
Versorgungskammer

Arabellastraße 31

81925 München

Telefon: 089 9235 6

Fax: 089 9235 7040

E-mail: [brastv@versorgungskammer.de](mailto:brastv@versorgungskammer.de)

[www.brastv.de](http://www.brastv.de)